

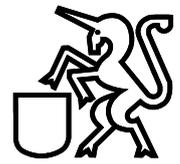


27. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010) / Doppelsitzung

Datum, Zeit:	Montag, 14. Dezember 2009, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Peter Bless, Ratspräsident
Anwesend:	37 Ratsmitglieder - Erika Attinger (GEU) ab 19.45 Uhr - Thomas Maier (GEU) und Orlando Wyss (SVP) ab 19.15 Uhr
Entschuldigt abwesend:	Anna Hermann (CVP) Andrea Kuhn (CVP) Patrick Mosimann (SVP)
Protokoll:	Marcel Amhof (Sekretär)
Stimmzähler:	Rolf Biggel: Bereich rechts, FDP und Bürotisch Stephan Schneider: SVP und CVP Stefanie Huber: GEU und SP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 26. Sitzung vom 2. November 2009
3. Interpellation Andrea Kennel (SP) „Zooseilbahn“ / Beantwortung
Geschäft Nr. 242/2009
4. Postulat Valeria Rampone (GEU) und vier Mitunterzeichnende „Bewusst mobil - Mobilitätstag in Dübendorf“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 273/2009
5. Pensionskasse Reglementsänderungen / Genehmigung
Geschäft Nr. 259/2009
6. Voranschlag 2010 / Genehmigung
Geschäft Nr. 266/2009
7. Vier Bürgerrechtsgesuche
- 7.1. Gavric Dusko, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger, und Sanja geb. Lukic, kroatische Staatsangehörige, sowie die beiden Kinder Sarah Elena und David, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft Höglerstrasse 48, Dübendorf
Geschäft Nr. 212/2009
- 7.2. Panceri Daniele, italienischer Staatsangehöriger, und Maria geb. Cano, spanische Staatsangehörige, sowie das Kind Davide, wohnhaft Eglshölzliweg 5, Dübendorf
Geschäft Nr. 225/2009



- 7.3. Sinnathamby Kunchithapatham sowie das Kind Kunchithapatham Kabil, srilankische Staatsangehörige, wohnhaft Überlandstrasse 188, Dübendorf
Geschäft Nr. 226/2009
- 7.4. Phung Thanh Hai, sowie die Kinder Hai Nam, Ha My und Bao Duy, vietnamesische Staatsangehörige, wohnhaft Grünenstrasse 21, Dübendorf
Geschäft Nr. 240/2009

1. Mitteilungen

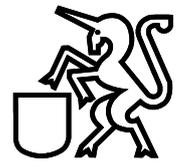
Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung
 - Neue Sachgeschäfte
 - Teilrevision kommunale Nutzungsplanung (KRL)
 - Neue Bürgerrechtsgesuche
 - 1 Bürgerrechtsgesuch (BRK)
 - Parlamentarische Vorstösse
 - keine
 - Beantwortungen auf parlamentarische Vorstösse
 - Antworten auf zwei Postulate, werden an der nächsten Sitzung des Gemeinderates behandelt.
- Bürgerrechtsgesuch Fadik Temel:
Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde von Fadik Temel betreffend Ablehnung der Einbürgerung abgewiesen und damit den Entscheid des Gemeinderates aufrecht erhalten. Vorbehalten bleibt der Weiterzug des Falles an das Bundesgericht durch die Gesuchstellerin.
- Nächste Sitzungen
 - Die Sitzung vom Montag, 4. Januar 2010 fällt aus.
 - Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet voraussichtlich am Montag, 1. Februar 2010 statt.

Fraktionserklärung:

Stephan Schneider (CVP):

„Wenn Soziales nur noch aus Franken und Rappen besteht: Während der Sozialvorstand begeistert ist mit der Neuorganisation der sozialen Angebote, zeigt sich die CVP Fraktion weniger erfreut über das Präsentierte. Qualitätsabbau auf den Schultern der Hilfesuchenden ist klar erkennbar. Die Neuorganisation macht klar, dass die Vorgaben nur eingehalten werden können, wenn der Mensch zum Franken und Rappen zurückgestuft wird. Nicht der Hilfesuchende steht im Zentrum, sondern was der Hilfesuchende kostet. Je teurer je schneller will man diese Kostenstelle los haben. Entsprechend wird hart und konsequent auf dieses Ziel hingearbeitet. Nicht Lösungen in der Gesamtheit sind gefragt, sondern kurzfristige Kosteneinsparungen beim Individuum. Dass sich Hilfesuchende nicht zur Wehr setzen, da sie sonst mit Sanktionen rechnen müssen, liegt auf der Hand. Wer sonst schon am Ende seiner Kräfte ist, wird nicht noch die Energie aufwenden können, um Unzulänglichkeiten publik machen zu können. Doch bereits heute ist zum Beispiel im vormundschaftlichen Bereich klar erkennbar: Es werden nach Möglichkeiten keine Massnahmen beschlossen, die Kosten verursachen. Bei schweren Besuchsrechtsstreitigkeiten verzichtet man lieber auf den Beizug einer Fachperson für heikle Übergaben mit Gewaltpotential. Lieber überlässt man die Kinder dem Schicksal Risiko hin Risiko her.“



Noch schlimmer, man beschliesst vormundschaftliche Sofortmassnahmen und nimmt einer Mutter die Kinder weg. Es sollten raschmöglichste Abklärungen folgen innert zwei Monaten. Das Raschmöglichste dauerte ein Jahr. Ein Jahr Hölle für die Kinder und die Mutter. Am Schluss stellte sich heraus, dass gar nichts vorlag, was eine derartige gravierende Massnahme überhaupt rechtfertigte. Ist das die Qualität die die Einwohner von Dübendorf sich im sozialen Bereich wünschen? Geschätzte Ratsmitglieder, das nennt man anscheinend effiziente Abläufe mit wenig Kosten. Die Zeche zahlen die Schwachen. Es mag sein, dass dies nicht der Alltag ist, aber, schon ein solcher Fall, ist einer zuviel. Man rühmt sich ergänzend, dass man von den 480 Stellenprozenten nur 440 Prozente beansprucht. Man spare 93'000 Franken. Tja, vielleicht an Personalkosten, aber Kosten für Spätfolgen von Personen, die aus Kostengründen keine wirksame und nachhaltige Massnahme erhalten, dürften um ein Mehrfaches höher sein. Aber eben – vielleicht fallen die späteren und umfangreicheren Kosten ja dann nicht in Dübendorf an. Weiter hört man Zahlen, dass der Vergleich mit dem Sozialdienst für Erwachsene 150'000 bis 480'000 Franken kosten wird. Wie schon im Abstimmungskampf wird auch hier nicht offen und transparent die Faktenlage kommuniziert. Wird der Bürger erneut an der Nase herumgeführt? Die CVP hofft, dass der Mensch in der Abteilung Soziales wieder vermehrt in den Mittelpunkt rückt und eine Gesamtschau vorgenommen und nicht nur den Rechenschieber konsultiert wird. Weiter fordern wir den Sozialvorstand auf, klare Kostentransparenz zu zeigen, was der Vergleich mit dem Sozialdienst für Erwachsene tatsächlich kostet.“

2. Protokoll der 26. Sitzung vom 2. November 2009

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Andrea Kennel (SP) „Zooskilbahn“ / Beantwortung Geschäft Nr. 242/2009

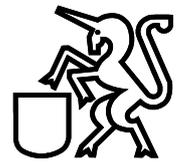
Stellungnahme Andrea Kennel (SP) zur Antwort des Stadtrates:

„Bei der Begründung der Interpellation sprach ich von der Dübendorf-Verträglichkeitsprüfung. Dabei erwähnte ich, dass mir folgende Anliegen sind: Dass Massnahmen definiert werden, die verhindern, dass auch nur ein einziger Zoo-Automobilist ins Dörflein Stettbach fährt; dass mit der Seilbahn zwar Kinderwagen, aber keine Sportgeräte wie Velos oder Schlitten transportiert werden dürfen; dass die Seilbahn einen gewissen Abstand zur Wohnzone haben muss. Leider ist der Stadtrat in keiner Art und Weise auf diese Dübendorf-Verträglichkeitsprüfung eingegangen. Der Stadtrat geht weiterhin den einfachen Weg des kategorischen Neins. Für mich unverständlich. Solange der Stadtrat bei einem kategorischen Nein bleibt, wird nichts erreicht. Der Stadtrat hätte mit der Interpellation die Chance gehabt zu sagen, welche Kriterien für Dübendorf und für Stettbach wichtig sind. Nur wenn die Interessen und Bedürfnisse klar sind, können diese auch berücksichtigt werden. Schade, Dübendorf wird nun keine Einflussmöglichkeiten auf das Projekt mehr nehmen können und wir müssen schlucken, was bewilligt wird.“

Allgemeine Diskussion:

Stefanie Huber (GEU):

Bereits im Juni habe die GEU eine ablehnende Fraktionserklärung zu diesem Thema gemacht. Die GEU habe ihre Meinung nicht geändert, und sie habe die Antwort des Stadtrates wohlwollend zur Kenntnis genommen. Man brauche keine Kriterien, um eine Dübendorf-Verträglichkeit herzustellen. Sie seien der Meinung, dass dieses Projekt von Anfang an nicht gebaut werden sollte. Der Zoo sei



bereits an den Öffentlichen Verkehr angeschlossen. Wo ein Bedarf bestehe, diskutiere die GEU gerne über einen sinnvollen Ausbau. Eine Seilbahn hingegen wäre der falsche Weg: überdimensioniert und mit unverhältnismässigen Auswirkungen auf das Quartier Stettbach und das Sagentobel als Naherholungsgebiet. Die Verkehrssituation in Dübendorf rund um das Gebiet Stettbach und Hochbord sei der GEU und allen, die im Stossverkehr unterwegs seien, ein Dorn im Auge. Die Seilbahn bringe da keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung, wobei der Schleichverkehr im Quartier Stettbach nur einer der Scherze sei, den sich die Initianten des Projektes erlauben. Die GEU unterstütze den Stadtrat weiterhin in seiner ablehnenden Haltung. Ein paar kleinere Änderungen am Projekt und ein wenig Abmilderung für die Stettbacher Bevölkerung würden an dieser Meinung ebenfalls nichts ändern. Man brauche keine Seilbahn, sondern einen verbesserten Öffentlichen Verkehr.

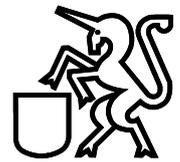
Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Geschäft Nr. 242/2009 ist somit abschliessend behandelt.

4. Postulat Valeria Rampone (GEU) und vier Mitunterzeichnende „Bewusst mobil - Mobilitätstag in Dübendorf“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 273/2009

Begründung Valeria Rampone (GEU):

„Ein grosses Aufkommen an Besucherinnen und Besuchern und positive Medienberichte machen deutlich, dass Zürich Multimobil zahlreiche Menschen erreicht, denen die umwelt- und stadtgerechte Mobilität ein wichtiges Anliegen ist. Die Besucherinnen und Besucher lernen umweltgerechte Mobilitätsformen kennen und entwickeln ein Interesse an umweltbewusstem Mobilitätsverhalten. Für die Stadt Zürich ist Zürich Multimobil eine ausgezeichnete Gelegenheit, um ihr Engagement für eine hohe Lebensqualität und eine gesunde Umwelt zu präsentieren sowie im Verbund mit privaten Initiativen innovative Mobilitätsansätze zu propagieren und selbst zu erproben.“ Das ist ein Auszug aus einem Antrag des Stadtrats der Stadt Zürich vom 18. März 2009 an den Gemeinderat. Es handelt sich dabei um einen Objektkredit für die Fortführung von Zürich Multimobil für die nächsten vier Jahre. Es hat mich nicht überrascht, dass der Ausdruck ‚Förderung der Lebensqualität‘ mehrfach in der Begründung dieses Antrags vorkommt. Denn dort, wo viel motorisierter Verkehr ist, sinkt die Lebensqualität massiv. Wer es sich leisten kann, seinen Wohnort nach den eigenen Wünschen auszusuchen, der wohnt in der Regel an einem ruhigen Ort, vielleicht im Grünen, aber nicht mit einer viel befahrenen Strasse vor der Haustür. Wir wünschen uns keine unangenehmen Verkehrsimmissionen in unseren eigenen vier Wänden. Dies ist immerhin solange der Fall, bis wir uns in unser Auto setzen. Dann stehen leider oft ganz andere Bedürfnisse im Vordergrund: möglichst ohne jegliche Beeinträchtigung zu jeder beliebigen Zeit von A nach B zu kommen. Unser Bedürfnis nach Mobilität nimmt konstant zu. Hier einige Daten aus dem ‚Mikrozensus 2005 zum Verkehrsverhalten‘, den das Bundesamt für Statistik und das Bundesamt für Raumentwicklung alle fünf Jahre durchführt: In den letzten 20 Jahren ist die Mobilität um 30 Prozent gewachsen. Von den 19'000 Kilometern, die jeder Einwohner in der Schweiz jährlich zurücklegt, fallen 57 Prozent auf den motorisierten Individualverkehr. 30 Prozent aller Haushalte verfügen über zwei oder mehr Autos. Und wer eines hat, der benutzt es auch. Diese stetige Zunahme an Verkehr führt zu einigen Problemen: Die Strasseninfrastruktur stösst an ihre Grenzen, immer mehr Leute werden mit Verkehrslärm und Abgasen belastet, unsere Umwelt leidet, die Gefahr von Unfällen nimmt zu. Sollten wir also mehr Strassen bauen? Dass dies innert kürzester Zeit zu noch mehr Verkehr führt, kann mittlerweile nicht mehr bestritten werden. Das ist keine brauchbare Lösung, nicht für einen besseren Verkehrsfluss, und schon gar nicht in Bezug auf Lärm, Abgase und Unfälle. Die Millionen, die so verschwendet werden, könnten wir wahrlich intelligenter investieren. Mehr motorisierter Individualverkehr ohne Lebensqualität einzubüssen? Das geht nicht.



Strassen nützen vielleicht kurzfristig den Autofahrern, gehen aber auf Kosten der Nachhaltigkeit und der Menschen. Es kann nicht im Interesse einer Stadt wie Dübendorf sein, als Wohngemeinde infolge eines konstant wachsenden Verkehrsaufkommens immer weniger attraktiv zu werden. Andererseits muss unserem Bedürfnis nach Mobilität Rechnung getragen werden. Die einzige Lösung ist in diesem Dilemma ein möglichst effizientes Gleichgewicht zu finden, unseren Durst nach Fortbewegung zu reflektieren und vor allem neue Mobilitätsvarianten auszuschöpfen, die unsere Bevölkerung möglichst wenig belasten. Diese Alternativen gibt es bereits. Einige, wie Mobility, sind bekannt. Aber wie viele Leute wissen, dass es eine ganze Reihe von Initiativen gibt, die Fahrgemeinschaften organisieren? Wisst ihr, was ein Flyer ist? Wer von euch hat schon einmal ein Elektroauto gefahren oder weiss über das Sparpotential eines Hybridautos Bescheid? Sind es vielleicht ganz falsche Vorurteile über das Reisen mit ÖV, die uns davon abhalten, das Auto für den Arbeitsweg stehen zu lassen und dafür ein Jahresabo zu lösen? Wann sind ihr das letzte Mal mit dem Velo einkaufen oder ins Fitness-Studio gefahren und haben Mitmenschen, Geldbeutel und Kreislauf etwas Gutes getan? Sind wir uns überhaupt bewusst, wie und wie viel wir uns fortbewegen? Und wie und um wie viel wir uns effizienter und somit respektvoller fortbewegen könnten? Antworten auf diese Fragen können im Rahmen eines Mobilitätstages gegeben werden. Das Ziel ist es einerseits, die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu informieren, andererseits soll er eine prominente Plattform sein, wo Unternehmen, Initiativen, Produkte einem breiten Publikum vorgestellt werden können. So sollen diejenigen unterstützt werden, die sich mit innovativen Ideen um eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Mobilität einsetzen. Das gilt auch für die Stadt. Wir können uns darüber streiten, ob Dübendorf ein Verkehrskonzept hat, aber wie auch immer: es könnte der Bevölkerung gezeigt werden, welche Probleme und Lösungsansätze es gibt. Es wäre also eine wahre Dienstleistung an der Dübendorfer Bevölkerung. Und an diesem Punkt kommt die Frage, die wohl am meisten interessiert: Wie gross sind Aufwand und Kosten? Ich habe mich bei der Stadt Uster informiert, die dieses Jahr im September zu ersten Mal einen Mobilitätstag durchgeführt hat. Das Budget für die Planung und Durchführung des Anlasses beträgt in Uster 20'000 Franken, Sponsoren waren keine involviert. In der Abteilung Abfall und Umwelt waren zwei Personen mit diesem Projekt beauftragt. In der heissen Phase der Planung investierten sie maximal 1 Tag pro Woche. Notabene war der Aufwand besonders gross, da der Anlass zum ersten Mal durchgeführt wurde. Die Abteilung bekam nach Bedarf Unterstützung aus den Abteilungen Öffentlichkeitsarbeit und Verkehr. Die Stadt hat Raum, Strom, sanitäre Anlagen und einige Stände zur Verfügung gestellt. Das Echo auf den Mobilitätstag war durchgehend positiv, in den Medien wurde davon berichtet und es kam durch die Sperrung nicht zu einem Verkehrskollaps. Wie könnte das in Dübendorf aussehen? Die Zahlen sind wohl vergleichbar mit Uster. Es besteht die Möglichkeit, Sponsoren einzubinden, zum Beispiel die Glattwerk AG, und so die Kosten für die Stadt weiter zu senken. Da es noch weitere Gemeinden in der Region gibt, die Mobilitätstage veranstalten, können wir ihre Erfahrungen nutzen. Wenn der Anlass an einem Sonntag stattfindet, könnte das lokale Gewerbe im Bereich des Festareals von einem Sonntagsverkauf profitieren. Vereine und andere lokale Institutionen können sich der Bevölkerung vorstellen und die Stadt kann sich als offizielle Trägerschaft profilieren und so ihren Status als Energiestadt unterstreichen. Ist es den Aufwand wert? Ja. Jedes Mal, wenn eine Person anstatt das Auto zu nehmen, zu Fuss geht, das Velo nimmt oder den ÖV nutzt, bedeutet das ein Auto weniger auf der Strasse. Das ist wirklich so, denn 30 Prozent aller Fahrten mit dem Auto sind kürzer als 3 Kilometer, also in Spazierdistanz. Bei 70 Prozent aller Autofahrten sitzt nur eine einzige Person im Auto. Was für eine Verschwendung und was für ein Potential. Stellen wir uns vor: Wenn wir das Verkehrsaufkommen senken können, müssen keine Steuergelder in Dübendorf investiert werden, um teure neue Strassen zu bauen oder zu verbreitern. Stellen wir uns vor, wir könnten dieses Geld so viel besser nutzen. Umdenken passiert leider oft nicht von heute auf morgen, es braucht Zeit. Wir können nicht tatenlos warten, bis es von selbst geschieht, wir müssen etwas dafür tun. Unterstützt dieses Postulat und sorgt dafür, dass der Stadtrat prüft, wie die Durchführung eines solchen Anlasses aussehen könnte. Dübendorf könnte mit einem Mobilitätstag einen nachhaltigen Schritt in die richtige Richtung gehen.“



Stellungnahme Stadtrat:

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Im Rahmen der Energiestadt würde die Stadt gerne einen Anlass dieser Art prüfen. Er wisse auch, was ein Flyer ist, er habe eine Probefahrt unternehmen können, als Martin Bäumle einen Flyer präsentiert hatte. Er wisse auch was Hybrid- und was Elektrofahrzeuge seien. Er wolle trotzdem darauf hinweisen, dass die Mobilität zu verteufeln der falsche Weg sei. Es sei aber wichtig, dass man sich Gedanken zur Mobilität mache, und deshalb nehme der Stadtrat das Postulat gerne entgegen.

Allgemeine Diskussion:

Rudolf Herter (FDP):

Die FDP Dübendorf sei gegen die Überweisung dieses Postulates. Dies nicht aus grundsätzlichen Überlegungen. Sie erachteten es aber als unzweckmässig, den Stadtrat zu einem Zeitpunkt, an dem der Stadtrat noch nicht einmal dazu gekommen ist, die für 2010 vorgesehenen Massnahmen des beschlossenen Velokonzeptes zu bearbeiten, mit weiteren Aufgaben zu belasten.

Patrick Angele (SP):

Im Namen der SP/Juso-Fraktion mache er sich stark für das Postulat. Es sei eine Chance für Dübendorf für eine Steigerung der Attraktivität, für eine Lebensbejahung der Stadt. Es handle sich um ein nachhaltiges Postulat mit einem hehren Ziel. Er kenne einige Dübendorferinnen und Dübendorfer, die jährlich nach Zürich fahren, um dort am Mobilitätstag teilzunehmen. Warum könne man einen solchen Anlass, der in Zürich ein richtiges Volksfest sei, nicht auch in Dübendorf durchführen? Wie es Ruedi Herter bereits gesagt habe, stehe das Postulat im direkten Zusammenhang mit dem beschlossenen Velokonzept. 63,5 Prozent der Dübendorfer Bevölkerung hätten dieses Velokonzept angenommen, die grosse Mehrheit des Gemeinderates habe diesem Velokonzept zugestimmt. Der Stadtrat habe es aber nicht geschafft, etwas mehr als warme Luft mit diesem Konzept zu produzieren. Es handle sich um eine gute Auflistung von Problemen, um eine gute Auflistung von Massnahmen, aber der Stadtrat mache nichts daraus. Die Überweisung dieses Postulates sei im Geiste der 63,5 Prozent, einen weiteren Schritt zur Förderung des Veloverkehrs zu unternehmen. Die Zustimmung zu diesem Postulat sei nichts weiter als die Aufforderung an den Stadtrat, tatsächlich Massnahmen zu ergreifen. Der Volksentscheid sei offenbar nicht ausreichend gewesen, und deshalb sei mehr Druck nötig. Er bitte den Gemeinderat, und dabei insbesondere die FDP und andere bürgerliche Parteien, diesem Postulat zuzustimmen.

Valeria Rampone (GEU):

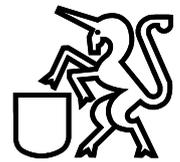
Sie bedanke sich beim Stadtrat für die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Zur FDP: Es sei schade, dass die eine gute Idee die andere abschiess. Vielmehr solle man das Eine tun, und das Andere nicht lassen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Überweisung des Postulates an den Stadtrat	16 Stimmen
Gegen Überweisung und für die sofortige Ablehnung des Postulates	19 Stimmen

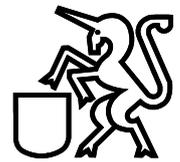
In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 273/2009 sofort abgelehnt und ist somit abschliessend behandelt.



5. Pensionskasse Reglementänderungen / Genehmigung Geschäft Nr. 259/2009

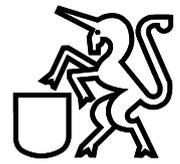
Referent GRPK Rudolf Herter (FDP):

Die Finanzkrise sei nicht einfach an der Pensionskasse vorbeigegangen. Die Finanzlage der Pensionskasse der Stadt Dübendorf habe sich dramatisch verschlechtert. Durch Verluste in Aktienanlagen sei sie vorübergehend in eine Unterdeckung geraten. Zeitweise wurde ein Deckungsgrad von 96 Prozent ausgewiesen. Eine Pensionskasse müsse eigenständig Massnahmen ergreifen können, um diesen Zustand beseitigen zu können und um wieder die volle Deckung zu erreichen. Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf sei dabei nicht frei und könne mit riskanten Anlagen eine erhöhte Rendite erzielen. Sie sei in ihrer Risikofähigkeit eingeschränkt in dem Sinne, dass sie einen grossen Bestand an Bezüglern hat, so dass die Gelder auch kurzfristig zur Verfügung stehen müssen. Voraussichtlich könne alleine mit der Anlagestrategie, wie riskant oder konservativ diese auch sein möge, eine Sanierung nicht erreicht werden könne, so dass weitere Massnahmen in Betracht gezogen werden müssten. Weitere Massnahmen zur Sanierung einer Unterdeckung seien: die tiefer Verzinsung von Sparguthaben oder eine Nullverzinsung, Sanierungsbeiträge zu erheben, Leistungen herabzusetzen oder Vorbezüge zu verweigern. All diese Massnahmen bedürfen heute, da sie im Reglement nicht explizit aufgeführt seien, der Genehmigung durch den Gemeinderat. Damit die Pensionskassenkommission zukünftig in eigener Kompetenz und vor allem schnell und flexibel handeln könne, seien jetzt entsprechende Anpassungen am Reglement vorgesehen. Bereits rückwirkend auf den 1. Januar 2007 in Kraft treten solle die Änderung betreffend des Wahlrechts zwischen einer Altersleistung oder einer Freizügigkeitleistung ab dem Alter 58. Per Beschluss sei dies bereits wirksam gewesen und werde jetzt administrativ in diese Änderung mit eingeschlossen. Die vermutlich wichtigste Änderung sei Artikel 4.12, wonach der Zinssatz zukünftig auch nachschüssig festgelegt werden könne. Üblicherweise werde im Dezember der Zinssatz für das kommende Jahr festgelegt. Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf habe dies auch vor einem Jahr so gemacht und sei dann aufgrund des für das BVG festgelegten Zinssatzes in eine Unterdeckung geraten. Mindestens solange die Finanzwelt so unberechenbar bleibe, soll neu Ende Jahr ein provisorischer Zinssatz festgelegt, und erst ein Jahr später, wenn die erzielte Rendite bekannt ist, definitiv beschlossen werden. Art. 5.2 zur Sonderregelung für Behördenmitglieder habe in der Vergangenheit Anlass zu Missverständnissen gegeben, weshalb dieser Artikel gestrichen worden sei. Neu solle zudem die Pensionskassenkommission unter Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen die bereits erwähnten Massnahmen beschliessen können. Die wahrscheinlichste Massnahme sei, dass der Zinssatz nicht im Voraus festgelegt werde. Eine Minder- oder Nullverzinsung der Sparguthaben heisse, dass die Sparguthaben zum durch den Bundesrat vorgeschriebenen Zinssatz verzinst werden. Eine sogenannte Nullverzinsung bedeute, dass freiwilliges oder zusätzliches Sparkapital nicht oder mit einem negativen Zins belegt werde, so dass insgesamt eine Nullverzinsung resultieren könne. Sanierungsbeiträge, falls diese jemals nötig sein sollten, würden von Arbeitgeber und Arbeitnehmern getragen. Eine Herabsetzung der Versicherungsleistungen käme erst zur Diskussion, wenn es wirklich dramatisch aussehen würde, ebenfalls die Verweigerung von Vorbezügen. In der GRPK habe man den Antrag als begründet und zweckmässig beurteilt. Eine Minderheit in der GRPK sei der Auffassung, dass nach wie vor der Gemeinderat über jede einzelne Massnahme befinden müsse. Nachdem seit der Antragsstellung an den Gemeinderat einige Zeit vergangen sei, habe der Verwalter der Pensionskasse der Stadt Dübendorf jetzt Ende Jahr gesagt, dass sich die Situation der Pensionskasse entschärft habe und im Jahr 2009 eine ansprechende Rendite erzielt worden sei. Aktuell per dato befände sich die Pensionskasse nicht mehr in einer Unterdeckung. Die GRPK stellt den Antrag, dem Antrag der Pensionskassenkommission bzw. dem Stadtrat zuzustimmen.



Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU):

Er danke, dass die GRPK den Antrag der Pensionskassenkommission und des Stadtrates so positiv aufgefasst habe. Er wolle betonen, dass die Pensionskassenkommission nicht mit dem Stadtrat gleichgesetzt werden könne. Die Pensionskassenkommission sei paritätisch zusammengesetzt mit Vertretern der Arbeitnehmer und des Arbeitgebers. Ein Antrag, der dem Parlament vorgelegt werde, sei nicht durch ein Veto der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber gestoppt worden. Die Pensionskassenkommission habe sich aufgrund der Finanzkrise Gedanken gemacht, welche Massnahmen getroffen werden könnten. Man sei zum Schluss gekommen, dass die Handlungsfähigkeit der Pensionskassenkommission in einer kritischen Phase so schlecht sei, dass zwei Jahre vorher vorsorgliche Massnahmen getroffen werden müssten, damit sie dann vom Parlament beschlossen werden könnten. Diese Massnahmen seien zu diesem Zeitpunkt aber gar nicht mehr aktuell. Das sei wenig sinnvoll, müssten doch die Massnahmen nur dann getroffen werden, wenn die Situation wirklich gravierend sei. Man habe die Reglementänderung dazu benutzt, mit der Änderung der Wahlfreiheit zwischen Altersrente und Freizügigkeitsleistung ab Alter 58 eine übergeordnete Änderung umzusetzen. Die Versicherung der Behördenmitglieder sei vielfach Grund für politische Diskussionen gewesen. Man habe nicht nur beantragt, diesen Passus herauszustreichen, sondern habe die bisherige Sparinlegerkasse physisch finanziell aus der Pensionskassen ausgegliedert und damit eine saubere Trennung vollzogen. Aufgrund der Unterdeckung von 96 Prozent habe man den übergeordneten Behörden einen Bericht mit zu treffenden Massnahmen vorlegen müssen. In diesem Bericht habe man geschrieben, keine Massnahmen zu treffen und das Jahr 2009 abzuwarten. Hätte sich die Situation im Jahr 2009 katastrophal entwickelt, wären Massnahmen auf das Jahr 2010 getroffen worden. Den Deckungsgrad von 100 Prozent habe man aber wieder erreicht. Das heisse aber nicht, dass die Pensionskasse aus dem Schneider sei. Mit den Risikoanlagen, welche die Pensionskasse haben müsse, müsste man einen Deckungsgrad von 116 bis 118 Prozent haben. Mit Risikoanalysen sei die Anlagestrategie immer wieder überprüft worden. Die letzte dieser Analysen sei Anfang 2009 vorgenommen worden, also nach der Finanzkrise. Dabei habe es sich einerseits gezeigt, dass man eigentlich auf risikoreichere Anlagen verzichten und den Aktienanteil reduzieren müsste. Andererseits sei man aufgrund der Finanzierung der Leistungen zum Risiko verdammt. In diesem Spannungsfeld bewege sich die Pensionskasse, und man habe beschlossen, die bisherige Anlagestrategie beizubehalten. Die Pensionskasse biete immer noch Leistungen, die mit einer risikofreien Anlagestrategie gar nicht zu finanzieren wären. Die Pensionskasse sei insgesamt in einer guten Situation, aber nicht risikolos. Deshalb habe man auch für 2010 beschlossen, keine Massnahmen zu treffen und die Verzinsung weiterzuführen. Zur rückwirkenden Verzinsung: Hätte man festgestellt, das es im Jahr 2009 nicht gut gelaufen sei, und man hätte den Zins nicht im November 2008 festlegen müssen, dann könnte man für alle Versicherten jetzt den Zins beschliessen. Lege man den Zins schon vorschüssig fest, dann erhielten Personen, die inzwischen aus der Pensionskasse ausgetreten seien, einen anderen Zins wie die übrigen in der Pensionskasse Versicherten. Das wäre eine ungerechte Behandlung. Die nachschüssige Zinsfestlegung sei damit eine mögliche Massnahme und führe zu mehr Gerechtigkeit. Zum Paket der möglichen Massnahmen: Es sei klar erwähnt worden, dass auch eine Minder- oder Nullverzinsung nicht jedes Jahr gemacht werden dürfe, da in einem solchen Fall eine umfassende Sanierung anstehen würde. Wenn beim Beschluss einer solchen Massnahme die Arbeitnehmer Nein sagten, könnten sie diese Massnahme mit einem Veto in der Pensionskassenkommission blockieren. Umgekehrt seien die Arbeitnehmer auch in der Verantwortung für die Gesamtsituation der Finanzlage der Pensionskasse und müssten einer Sanierung mit noch schärferen Massnahmen, die im vorliegenden Geschäft aufgeführt seien, und die er hoffe nie anwenden zu müssen, zustimmen. Heute könne er mit relativer Gelassenheit sagen, dass die Pensionskassenkommission nicht vorhabe, nächstens Massnahmen zu treffen. Ende 2008 habe das noch anders ausgesehen, als viele Leute angefangen hätten, die Nerven zu verlieren. Es gehe nur darum, dass man mit Ruhe rechtzeitig Massnahmen beschliessen könne. Müsste man diese Massnahmen jedes Mal vor das Parlament bringen, dann ginge das zu lange und führe zu Diskussionen. Das könnte die Pensionskasse in eine



Schiefelage bringen, was zu Lasten des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer ginge. Er sei sehr dankbar, wenn der Gemeinderat dem Antrag der GRPK folge und die Reglementänderung so vornehme, damit die Pensionskasse zukunftsfähig bleibe.

Allgemeine Diskussion:

Max Senn (SP):

„Ich stelle drei Anträge zum Artikel 27.4. Antrag 1: Mitsprache durch den Gemeinderat. Die Ergänzung im Antrag 1 bezieht sich auf den Artikel 27.4 welcher nur bei einer grösseren Unterdeckung zum Tragen kommt. Die Pensionskasse ist eine vom Gemeinderat beschlossene Versicherung für die Arbeitnehmenden der Stadt Dübendorf und daher sollte der Gemeinderat weiterhin über die wichtigsten Rahmenbedingungen entscheiden. Ich denke, der Gemeinderat muss darauf bestehen, bei solch entscheidenden Massnahmen mit bedeutender Tragweite selber entscheiden zu können. Er darf sich die Kompetenz für solch gravierende Massnahmen nicht von der Pensionskassenkommission wegnehmen lassen. Es wäre doch ziemlich fragwürdig, eine kleine Kommission solche einschneidende Massnahmen alleine entscheiden zu lassen. Zudem wäre dies ein Verlust von demokratischem Recht. Der Text war bereits im bestehenden Reglement enthalten; daher sind wir der Meinung, dass dieser Text beibehalten werden soll. Antrag 2: Kürzung der erworbenen Leistungen. Unsere Meinung ist, dass erworbene Leistungen einer öffentlich rechtlichen Pensionskasse nicht gekürzt werden sollen, denn auch die Eidgenössischen Räte sind bei ihren Beratungen davon ausgegangen, die Rentnerinnen und Rentner hätten ihre Rentenansprüche erworben. Dafür hätten sie ihre Beiträge einbezahlt und auf die Reglemente der Pensionskasse vertraut, die ihnen bestimmte Renten zusicherten. Wenn in einem späteren Zeitpunkt auf diese Rentenzusagen zurückgekommen werde, bedeute dies einen Eingriff in das Vertrauensprinzip. Ein solcher dürfe daher nur in einem sehr beschränkten Rahmen überhaupt in Betracht kommen, was in Dübendorf bisher nicht zum Tragen gekommen ist. Bezügerinnen und Bezüger von Renten können die Pensionskasse nicht mehr wechseln, sind bis zum Lebensende gezwungen, bei der betreffenden Pensionskasse zu bleiben. Im Gegensatz zu den aktiv Versicherten; sie können allenfalls die Pensionskasse wechseln, was dann zugleich mit einem Wechsel der Arbeitsstelle verbunden wäre. Darum finden wir, dass auf den Rückgriff von erworbenen Leistungen zu verzichten ist. Antrag 3: Verzinsung von Altersguthaben (Freizügigkeitsleistungen). Bei der Formulierung in der Weisung der letzte Satzteil, ‚der von der Kommission beschlossene Zins für die Verzinsung der Einlagen angewendet‘ kann es sein, dass Einlagen im schlimmsten Fall überhaupt nicht verzinst würden, was ein gravierender Einschnitt wäre. Die neue Formulierung gewährt eine Begrenzung. Der Artikel für den Antrag ist aus dem BVG Art. 65d.“

Finanzvorstand Martin Bäumle(GEU):

Falls der Gemeinderat dem Antrag 1 folge, dann hiesse das, dass es keine wesentlichen Änderungen gäbe. Zu treffende Massnahmen kämen dann vor den Gemeinderat. Es handle sich dabei um eine grundsätzliche Frage, und er habe versucht zu erläutern, weshalb es für die Pensionskassenkommission wichtig sei, die Handlungsfähigkeit und die Verantwortung zu erhalten. Zu Antrag 2: Eine Beschränkung auf die künftigen Leistungen ohne die Berücksichtigung erworbener Leistungen bitte er vehement abzulehnen. Es gebe heute schon die Problematik, dass aktive Versicherte jährlich die passiv Versicherten quer subventionierten. Das liege am Umwandlungssatz. Man habe heute eine höhere Lebenserwartung. Eine bestimmte Menge Geld müsse für einige Jahre mehr ausreichen. Eine Kürzung des Zinssatzes bedeute nicht, dass eine Person weniger Geld erhalte, sondern dass das Geld, welches der Person zur Verfügung stehe, länger ausreichen müsse. Wenn diese Beträge von einer Sanierungsmassnahme ausgeschlossen würden, dann müssten die aktiv Versicherten noch stärker zu einer Sanierung beitragen. Es gebe aber ganz enge Limiten, um auf bestehende Renten zugreifen zu können. Um diesen Passus umsetzen zu können müsste es der Pensionskasse ganz schlecht gehen. Auch Antrag 3 bitte er abzulehnen. Wenn die Austrittsleistung höher verzinst werde,



bedeute das ebenfalls, dass die verbleibenden Versicherten mehr zahlen müssten. Wer dies wolle, müsse dem Antrag zustimmen. Wer Fairness walten lassen wolle, der müsse den Antrag ablehnen.

Hans Baumann (SP):

Er betone, dass nicht alle Arbeitnehmersvertreter in der Pensionskassenkommission hinter dem Antrag des Stadtrates stünden. Die Anregungen zu den Änderungsanträgen seien teilweise aus der Pensionskassenkommission gekommen. Es gebe pro Jahr zwei bis vier Sitzungen der Pensionskassenkommission und etwa zehn Sitzungen des Gemeinderates. Die Mitbestimmung des Gemeinderates sei etwas ganz Wichtiges. Die Mitbestimmung wäre ja nur im Fall nötig, wenn einschneidende Massnahmen zu beschliessen wären. Es sei gut, wenn es ein Gremium gäbe, das von ausserhalb die Situation beobachten könne. Es sei bekannt, dass in Pensionskassenstiftungsräten oder Pensionskassenkommissionen die Arbeitnehmersvertreter manchmal überfordert seien und durch Spezialisten zu gewissen Entscheiden überredet würden. Wenn wirklich Not am Manne sei, dann liege es an der Pensionskassenkommission und am Stadtrat, dass es nicht zwei Jahre daure bis zu einem Entscheid des Gemeinderates, sondern das sei auch innerhalb weniger Monate möglich. Zur Kürzung erworbener Leistungen: Martin Bäumle habe gesagt, dass dies nur im äussersten Notfall angewendet werde. Er frage sich aber, ob dies überhaupt Bestandteil des Reglements sein müsse. Dübendorf wäre damit eine der ersten Gemeinden oder öffentlich-rechtlichen Institutionen, welche einen solchen Passus in das Reglement integrieren würde. Es gebe seines Wissens nur ein Privatunternehmen mit zehntausenden von Beschäftigten, welche so einschneidende Massnahmen wie die Kürzung von erworbenen Leistungen im Reglement aufgenommen habe. Man müsse sich bewusst sein, was das heisse: Wenn jemand in Kürze 65 Jahre alt werde und seine Lebensplanung mache, dann müsse er plötzlich mit weniger Rente auskommen, ohne dass er sich dagegen wehren könne. Er bitte die Ratsmitglieder, den von Max Senn vorgetragenen Anträgen zuzustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Änderungsantrag 1 (zu Art. 27.4):

Antrag Pensionskassenkommission / Stadtrat	Änderungsantrag Max Senn
Weist die versicherungstechnische Bilanz eine Unterdeckung aus, welche die Sicherheit der reglementarischen Leistungen gefährdet, so trifft die Kommission die notwendig erscheinenden Massnahmen. Insbesondere können unter Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen folgende Massnahmen durch die Kommission beschliessen werden:	Weist die versicherungstechnische Bilanz eine Unterdeckung aus, welche die Sicherheit der reglementarischen Leistungen gefährdet, so trifft die Kommission die notwendig erscheinenden Massnahmen. Insbesondere können unter Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen folgende Massnahmen durch die Kommission <i>mit der Zustimmung durch den Gemeinderat</i> beschliessen werden:

Der Änderungsantrag 1 wird mit 27 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Änderungsantrag 2 (zu Art. 27.4):

Antrag Pensionskassenkommission / Stadtrat	Änderungsantrag Max Senn
Herabsetzung von künftigen oder gegebenenfalls auch von erworbenen Versicherungsleistungen;	Vorsorgliche Herabsetzung von künftigen Versicherungsleistungen;

Der Änderungsantrag 2 wird mit 26 zu 10 Stimmen abgelehnt.



Änderungsantrag 3 (zu Art. 27.4):

Antrag Pensionskassenkommission / Stadtrat	Änderungsantrag Max Senn
Während der Dauer der Unterdeckung wird für die Berechnung der Austrittsleistung gemäss Art. 17 FZG, anstelle des BVG Mindestzinseszinses, der von der Kommission beschlossene Zins für die Verzinsung der Einlagen angewendet.	Während der Dauer der Unterdeckung kann für die Berechnung der Austrittsleistung der Mindestsatz gemäss BVG höchstens während fünf Jahren unterschritten werden. Die Unterschreitung darf höchstens 0,5 Prozent betragen.

Der Änderungsantrag 3 wird mit 29 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Den Reglementänderungen der Pensionskasse wird mit 29 zu 7 Stimmen zugestimmt.

6. Voranschlag 2010 / Genehmigung Geschäft Nr. 266/2009

Ratspräsident Peter Bless (BDP) erläutert das Vorgehen: In einer Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen und bei Eintreten anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Laufenden Rechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt.

Keine Einwände.

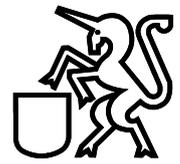
A. Eintretensdebatte

Stellungnahme GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die Behandlung des VA10 gliedere ich wie in den Vorjahren in eine Eintretensdebatte und in eine Detailberatung. In der Eintretensdebatte kommen zur Sprache: 1. Einleitende Gedanken Präsident GRPK; 2. Eckwerte VA10; 3. Laufende Rechnung; 4. Austritt Zweckverband Soziale Dienste SDEU; 5. Investitionsrechnung; 6. Gesamtbeurteilung VA10. Die Detailberatung umfasst: 7. Anträge GRPK zur Laufenden Rechnung und zur Investitionsrechnung; 8. allfällige Anträge aus dem Gemeinderat; 9. Steuerfuss; 10. Schlussabstimmung.

1. Einleitende Gedanken Präsident GRPK

Die GRPK beschäftigte sich in den letzten Wochen intensiv mit dem letzten Voranschlag der laufenden Legislaturperiode. Wie in den Vorjahren war das eine grosse, verantwortungsvolle und nicht immer ganz einfache Aufgabe. Was soll überhaupt überprüft und hinterfragt werden? Wo sollen die Schwerpunkte gesetzt werden? Wie der Gefahr begegnen, sich in vielen Details zu verlieren und den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen, haben wir uns gefragt und dann die Aufgabe mit Optimismus, zielgerichtet und systematisch angegangen. In zwei langen und intensiven Sitzungen trugen wir Fragen zur laufenden Rechnung, zur Investitionsrechnung und zum Steuerfuss zusammen. Die Antworten der Verwaltung und des Stadtrates sichteteten wir anschliessend und stellten darauf Ergänzungsfragen. In einem persönlichen Gespräch mit einer Delegation des Stadtrates, nämlich mit Stadtpräsident Lothar Ziörjen, Finanzvorstand Martin Bäumle und Stadtschreiber a.i. Conrad Gossweiler klärten wir dann die letzten offenen Punkte und diskutierten auch die vorgeschlagenen Anpassungen. Anschliessend beschloss die GRPK zwei Änderungsanträge. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der GRPK beim Stadtrat und bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die grosse Arbeit rund um die Bearbeitung des Voranschlages 2010 und die hilfreiche Zusammenarbeit. Leider steht ein altes immer wieder vorgebrachtes Anliegen an die Voranschlag-Macher auf allen Stufen noch immer an erster Stelle auf unserer Wunschliste. Wir wünschen uns, dass sich die Verfasser der



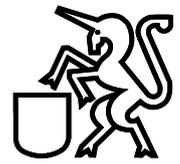
Begründungen noch stärker in die Lage des Aussenstehenden versetzen, damit die Hinweise für Dritte klar, verständlich und nachvollziehbar sind. Gute Begründungen helfen auch, GRPK Fragen zu vermeiden und so die Verwaltung zu entlasten. Trotz deutlichen Hinweisen ist es in den letzten vier Jahren nicht gelungen, eine für die GRPK befriedigende Lösung zu finden. Ähnliches gilt auch für die Antworten auf die GRPK Fragen. Zwar wurden erstmals die Antworten vorgängig durch den Stadtrat an einer Sitzung beurteilt. Doch waren gewisse Fragen widersprüchlich und teilweise unvollständig beantwortet worden. Diese Situation ist für beide Partner unbefriedigend, sie verursacht unnötige Reibung. Manchmal habe ich gar den Eindruck, die GRPK werde im Stadthaus nicht vollumfänglich ernst genommen. Ich denke, dass nun der Stadtrat gefordert ist, in dem er diese Thematik auch bei der Weiterbildung der Abteilungsleiter konkret zur Sprache bringt und vertieft. Nach meiner Ansicht kann nur eine offene und transparente Informationspolitik die Zusammenarbeit zwischen den Behörden erleichtern. Sie bildet die Grundlage für das eminent wichtige und notwendige Vertrauen für ein gutes Funktionieren des politischen Systems. Arbeiten wir in Zukunft noch vermehrt daran.

2. Eckwerte Voranschlag 2010

Der bereinigte Bruttoaufwand ohne Abschreibungen und interne Verrechnungen beträgt im nächsten Jahr fast 112 Millionen Franken. Der Aufwand steigt damit um 3,31 Prozent. Der Personalaufwand erhöht sich um 885 000 Franken auf 17,86 Millionen Franken. Neue Stellen in der Amtsvormundschaft, im Polizeiwesen und Stadtpolizei sind für diese Zunahme verantwortlich. Der Sachaufwand steigt marginal um 0,38 Prozent an, was leicht über der Inflationsrate 2009 liegt. Die Hochrechnung sieht für das laufende Jahr eine schwarze Null vor. Steuermehrerträge von erwarteten 3,7 Millionen Franken stehen Mehraufwendungen in den Bereichen Primarschule und Zusatzleistungen im Sozialversicherungsbereich gegenüber. Nach einer Phase von sehr tiefen Investitionen realisiert Dübendorf im neuen Jahr verschiedene Projekte und investiert insgesamt 21,6 Millionen Franken, was konjunkturpolitisch zweckmässig und auch richtig ist. Die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen betragen knapp 4 Millionen Franken. Der Stadtrat beantragt zusätzliche Abschreibungen von 9,2 Millionen Franken. Bis 2008 wurden die Abschreibungen auf den Investitionen des Politischen Gutes mit 100 Prozent eingesetzt. Aufgrund der bedeutenden Investitionen im neuen Jahr reduziert der SR die Zielgrösse der Abschreibungen auf 75 Prozent. Die GRPK stuft die Abschreibungspolitik des Stadtrates als zweckmässig und als vernünftig ein. Das mutmassliche Eigenkapital wird per 31. Dezember 2010 rund 56 Millionen Franken betragen.

3. Laufende Rechnung

Bei der Beurteilung der laufenden Rechnung greife ich drei Themen auf: Die Primarschule, das Abfallwesen und das Veloförderungskonzept. Die Umsetzung des Volksschulgesetzes und die damit zusammenhängenden Entscheide der Primarschulpflege belasten die Laufende Rechnung markant. Bekanntlich hat der Kantonsrat verschiedene Sparmassnahmen wieder aufgehoben. Noch immer nehmen die Klassengrössen ab und auf der Kehrseite der Medaille steigen die Aufwendungen. Der Nettoaufwand im Primarschulbereich steigt 2010 nochmals um 3 Prozent oder 710 000 Franken auf über 24 Millionen Franken an. Viele Mehraufwendungen beruhen auf kantonalen Vorschriften. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme und zum Brechen des Trends sind damit auf unserer Stufe limitiert. Einmal mehr verursachte leider der Abfallbereich der GRPK viel Arbeit, und das Ergebnis ist enttäuschend, ja ernüchternd. Und dies aus folgenden Gründen: Im Rat wurde bisher von Tiefbauvorstand Rolf Güttinger das neue Abfallkonzept als der grosse Wurf verkauft. Nachdem es Monate dauerte bis der Antrag endlich behandelt werden konnte, ist das Ergebnis nach einer ersten Bearbeitungsrunde enttäuschend. Die grundsätzliche Stossrichtung wird von der GRPK zwar begrüsst, doch in der Vorlage sind derart viele Detailspekte unbefriedigend gelöst, dass der SR den Antrag zur Überarbeitung zurückzieht. Nach Informationsstand von Ende November fehlten im Antrag auch konkrete Aussagen, welche Politik der SR bezüglich Gebührenfestlegung bzw. Höhe des Saldos der Abfallrechnung verfolgt. Eine Tatsache, die ich nach den zahlreichen Debatten im Rat in den letzten Jahren zu diesem Thema einfach nicht verstehen kann. Die GRPK ist nach wie vor überzeugt, dass der Saldo der Ab-



fallrechnung klar zu hoch ist. Wir verzichten im Gebührenbereich bewusst, Budgetanpassungen zu beantragen, da der Stadtrat in dieser Sparte sowieso macht, was er will. Eine Art der Zusammenarbeit Herr Stadtrat Güttinger, die wir nicht mehr länger tolerieren können. Im Voranschlag 2010 fehlen Aufwendungen für die Umsetzung des beschlossenen Veloförderungskonzepts. Über die konkreten Sofortmassnahmen und damit über allfällige Kredite in der Kompetenz des Stadtrates wolle die Exekutive erst im 1. Quartal 2010 befinden. Die GRPK ist da der dezidierten Auffassung, dass das Veloförderungskonzept nicht mit der nötigen Beachtung bearbeitet und umgesetzt wird.

4. Austritt Zweckverband Soziale Dienste SDEU

Im Sommer 2009 traten bei der Umsetzung des geplanten Austritts der Stadt Dübendorf aus dem Zweckverband SDEU Schwierigkeiten auf. Der Stadtrat informierte die GRPK nach den Herbstferien offen und transparent über die aktuelle Situation, die Chancen und Risiken. Die GRPK entschied damals, dass der Gemeinderat erst nach abschliessender Klärung der Lage informiert werde, um den Ausgang der laufenden Verhandlungen nicht zu gefährden. Nach Rücksprache mit dem Stadtpräsidenten, der die Federführung für die Verhandlungen mit dem SDEU in dieser Phase hatte, orientiere ich den Gemeinderat wie folgt: Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Volksentscheids vom 1. Juni 2008 bezüglich Austritt aus dem Zweckverband für Soziale Dienste für Erwachsene Bezirk Uster (SDEU) traten bezüglich Gültigkeit der Kündigung per 31. Dezember 2009 Unsicherheiten und unterschiedliche Auffassungen auf. Die anstehenden Differenzen konnten nach zähen und intensiven Verhandlungen gütlich bereinigt und geregelt werden. Die Delegiertenversammlung des Zweckverbands stimmte dem Vertrag des Stadtrates, der alle strittigen Punkte klar regelt, zu, so dass die Regelung nun wasserdicht ist. Ich orientiere kurz über die wesentlichen Aspekte: Die Kündigung per 31. Dezember 2009 ist und bleibt gültig. Die Stadt Dübendorf nutzt im Jahr 2010 die Dienstleistungen des SDEU im Bereich Arbeitseinrichtungen ‚Job-Bus‘ und die ‚Fachstelle Sucht und Alkohol‘ zu den bisherigen Ansätzen. Die Stadt Dübendorf entscheidet bis am 31. März 2010, ob sie diese Dienstleistungen auch im Jahr 2011 beanspruchen will. Die Stadt schliesst ferner einen neuen Mietvertrag für die Büros im Bettli ab, der per 31. Dezember 2012 befristet ist und dem SDEU ausreichend Zeit für eine sorgfältige Neuausrichtung gibt. Finanzielle Auswirkungen: a) allfällige Personalabbaukosten im Bereich Sozialhilfe und Vormundschaft werden der Stadt Dübendorf basierend auf bisherigem Kostenteiler verrechnet und in der RG09 verbucht. b) die Aufwendungen für Job-Bus und Suchtberatung sind im Voranschlag 2010 nicht eingestellt. Die Stadt bezahlt 2010 die effektiven Aufwendungen inklusive Mitarbeiter-Abbaukosten gemäss bisherigem Kostenteiler. Der Stadtrat spricht dafür einen Nachtragskredit. Die Kosten dürften sich im bisherigen Rahmen bewegen. Eine grosse Mehrheit GRPK betrachtet die getroffene Regelung als fair. Es ist der Stadtrat-Delegation mit Stadtpräsident Lothar Ziörjen und Finanzvorstand Martin Bäumle gelungen, einen schwelenden Konflikt mit unsicherem Ausgang wasserdicht zu lösen und zu regeln. Die GRPK hat die Vereinbarung zur Kenntnis genommen und ergreift keine weiteren Massnahmen.

5. Investitionsrechnung

In Dübendorf befinden sich derzeit verschiedene grössere Investitionsvorhaben in Ausführung oder in der Planungsphase. Ich denke da insbesondere an die Erweiterung des Alterszentrums. Im neuen Jahr investiert Dübendorf bedeutende Mittel in den Ausbau der ÖV-Plattform Stettbach, die Sanierung der oberen Geerenstrasse, in den Unterhalt der Primarschul-Liegenschaften, in die Erneuerung der Kläranlage und in andere Vorhaben. Die GRPK beurteilte ergänzend den Finanzplan und fand keine neuen Investitionsvorhaben, die aus heutiger Sicht nicht zweckmässig wären.

6. Gesamtbeurteilung Voranschlag 2010

Die GRPK stellte bei ihrer Arbeit fest, dass der Voranschlag 2010 sorgfältig erarbeitet worden ist. Die Stadt geht sinnvoll und sparsam mit den öffentlichen Mitteln um. Der Sachaufwand entwickelt sich im Rahmen der Teuerung, was grundsätzlich erfreulich ist. Die vorberatende Kommission ist im Grund-



satz mit dem zur Diskussion stehenden Voranschlag einverstanden. Im Rahmen der Detailberatung stelle ich nur zwei Änderungsanträge. Die GRPK beantragt Eintreten auf den Voranschlag 2010.“

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU):

Er wolle zwei Vorbemerkungen machen. Er wolle sich in aller Form beim Gemeinderat und der GRPK entschuldigen, dass die Antworten und der Differenzenkommentar immer noch nicht zur Zufriedenheit des Parlamentes ausgefallen seien. Der Stadtrat versuche dies nach wie vor zu optimieren. Er bitte aber das Parlament um Nachsicht, da die Sicht der Verwaltung und der GRPK unterschiedlich seien. Klar sei aber zum Zweiten, dass die Transparenz alles sei, und man habe nie die Absicht, etwas vor der GRPK zu verstecken.

Zur Entwicklung der Kosten: Im Bereich der Sozialaufwendungen habe man im letzten Jahr einen Tiefpunkt erreicht. Auch jetzt mit der Hochrechnung 2009 und im Budget 2010 sei ein Anstieg festzustellen. Aber angesichts der nicht ganz einfachen Wirtschaftslage könne diese Entwicklung als moderat bezeichnet werden. Dies habe damit zu tun, dass der Stadtrat mit Entscheid des Volkes beschlossen habe, Sozialleistungen aus einer Hand anzubieten. Es gehe dabei nicht um einen Abbau, sondern um eine effiziente Erbringung dieser Leistungen. Der Anstieg bei den Zusatzleistungen AHV/IV sei mit ansteigenden Kosten für Pflegeleistungen verbunden. Leute, die Pflegeleistungen beziehen, könnten diese oft nicht mehr selber finanzieren. Die Kosten im Bereich Primarschule entwickelten sich ebenfalls stetig nach oben. Auch hier seien gesetzliche Vorgaben und Verordnungen vorhanden, welche die Stadt dazu verpflichteten, diese Ausgaben zu tätigen. Auch da gebe es noch einen Entwicklungsbedarf, man habe auch im Gemeinderat schon mehrmals über die Tagesbetreuung diskutiert. Dübendorf habe in diesem Bereich einen moderaten Entwicklungsbedarf, was gewisse Folgekosten mit sich bringe. Das Parlament habe da aber kostendämpfende Massnahmen mitgetragen.

Bei der Aufwandentwicklung sei es im Voranschlag 2010 gelungen, im Vergleich zur Rechnung 2008 und dem Voranschlag 2009 einen Zwischenweg zu finden. Er müsse aber betonen, dass auf 2009 eine markante Lohnsummenerhöhung vorgenommen habe, was Folgekosten mit sich bringe.

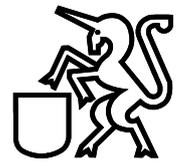
Bei den Investitionen könne festgestellt werden, dass man in den vergangenen Jahren unterinvestiert habe. Jetzt sei ein Investitionsschub zu erwarten. Es handle sich dabei nicht um Wunschprojekte, sondern um Projekte mit einem Sanierungsbedarf und einem Notwendigkeitsbedarf.

Bei den Steuererträgen bewege man sich gemäss Hochrechnung 2009 immer noch oberhalb der Bandbreite, so dass die Jahre 2007 bis 2009 gute Jahre waren. Hinter der Prognose der Entwicklung für das Jahr 2010 liege ein gewisser Optimismus. Die Jahre 2011 und 2012 würden dann schwieriger, da ein Rückgang bei den Vorjahressteuern zu verzeichnen sei.

Die unterdurchschnittliche Steuerkraftentwicklung sei eine Trendentwicklung. Zu Beginn der 90er Jahre habe die Steuerkraft um 0 bis 10 Prozent über dem kantonalen Mittel gelegen. Ende der 90er Jahre kam es zu einem Trendbruch, so dass die Steuerkraft mit Ausnahme des Ausreissers 2003 immer rund 10 Prozent unter dem kantonalen Mittel gelegen habe. Mit sinkender Steuerkraft seien auch steigende Sozialausgaben verbunden. Dies gebe ein Anlass zur Sorge.

Trotz dieser Situation habe sich der Steuerfussverlauf gut entwickelt. Beim Gesamtsteuerfuss inklusive der Grundsteuern habe die Steuersenkung vor einem Jahr gezeigt, dass man gesamthaft steuerertragsmässig tiefer liege als in den goldenen 80er Jahren. Das zeige auch, dass man nicht sagen könne, dass man exorbitant daneben liege. Selbstverständlich sei man leider nicht so tief, wie man sein wollte, doch sei das auch beim Aufwand so.

Zur Nettoschuld: Man sei in der komfortablen Lage, dass man am Ende eines Konjunkturzyklus auf dem Höchststand wie in den 80er Jahren beim Nettovermögen stehe. So könne man auch zwei bis drei Jahre mit hohen Investitionen und allfälligen Defiziten verkraften, ohne bis Ende der Planperiode ins absolute Minus abzusacken. Man könne sich jetzt Sorgen machen und feststellen, dass die Stadt, sollte es wie 2010 weitergehen, bis 2018 pleite sei. Zusätzliche Berechnungen hätten aber ergeben, dass bei einer einigermaßen vernünftigen Entwicklung eine Stabilisierung möglich sei. Das gleiche gelte bei der verzinslichen Schuld. Dank eines sorgfältigen Umgangs mit dem Geld und dank des



Verzichts auf Investitionen in den vergangenen Jahren habe man den tiefsten Schuldenstand seit langem. Dies werde aber nicht so bleiben, da es aufgrund der geplanten Investitionen zu einer Neuverschuldung kommen werde, jedoch in einem zumutbaren Mass. Der Steuerfuss könne in dieser Form beibehalten werden, und es sei verantwortlich, die Investitionen trotzdem zu tätigen. Wenn man die ARA, die eigentlich gebührenfinanziert sei und möglicherweise in eine neue Rechtsform überführt werde, ausklammere, dann sehe die Situation im Vergleich zu den 80er Jahren nochmals besser aus. Die Verschuldung werde Ende Planperiode 50 bis 60 Millionen Franken betragen. Dank des günstigen Zinsniveaus sei eine zusätzliche Verschuldung zumutbar.

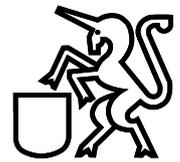
Bei der Aufwandveränderung gebe es harte Vorgaben im Finanzplan. Man könne sich nicht zurücklehnen, sondern man werde im Basisszenario auf die Aufwandentwicklung mit 0,8 Prozent pro Jahr achten müssen.

Die Steuererträge würden Ende der Planperiode wieder tiefer eingeschätzt. Der Bruttoüberschuss sei in den vergangenen Jahren stetig angestiegen. Jedes Jahr sei ein gutes Jahr hinzugekommen und ein schlechtes Jahr weggefallen. Jetzt falle zum ersten Mal ein gutes Jahr weg und schlechtere kämen hinzu. Der Bruttoüberschuss werde dadurch sinken und die Verschuldung im verantwortbaren Bereich ansteigen.

In den vergangenen Jahren habe man eine Selbstfinanzierung von gegen 100 Prozent angestrebt und diese deutlich überschritten. Deshalb könne man es sich erlauben, ohne Steuerfusserhöhung eine Selbstfinanzierung von 60 Prozent in Kauf zu nehmen.

Zur Hochrechnung 2009: In der Laufenden Rechnung sei man aufwandseitig über 3 Millionen Franken über dem Voranschlag gewesen. Die grössten Abweichungen habe es bei den Ergänzungsleistungen, bei der Primarschule und beim Tiefbau gegeben. Beim Steuerertrag sei man über dem Voranschlag. Aufgrund der Hochrechnung habe der Stadtrat die Geschäftsleitung beauftragt, Massnahmen und Kompensationen zu entwickeln. Die Resultate dieser Überprüfung mit unterschiedlicher Qualität habe ergeben, dass die Abweichung von 3 Millionen auf rund 2 Millionen Franken reduziert werden, wobei es sich um ertragsseitige Verbesserungen handle. Auf der Aufwandseite hätten sich Aufwanderhöhungen gegenüber Aufwandsenkungen aufgehoben. Positiv an der Überprüfung sei nicht unbedingt das Resultat gewesen, sondern die Präzisierung der zweiten Hochrechnung. Jetzt noch in Auftrag gegebene Massnahmen seien kurzfristig, was den Spielraum zum Handeln eng mache.

Zur Situation mit dem Zweckverband SDEU: Für die Berechnung der Kosten für den Austritt aus dem Zweckverband gebe es vier Szenarien: Der reibungslose Austritt per Ende 2009, ein gewonnener Prozess, ein verlorener Prozess mit dem Austritt auf Ende 2010 und schliesslich die getroffene Vereinbarung mit dem Zweckverband. Die Vereinbarung sei aufgrund einer vernünftigen Abwägung der Chancen und Risiken eines Rechtsstreites ausgehandelt worden. Zudem gehe es auch um die Reputation. Zwei öffentlich finanzierte Institutionen, die miteinander auf anständige Art und Weise einen Weg gefunden hätten, statt mit Steuergeldern gegeneinander zu prozessieren. Die Vermeidung des Reputationsschadens auf Exekutivebene sei auch einige Franken wert. Der Stadtrat sei überzeugt, und er sei dafür dankbar, dass die GRPK dies ähnlich sehe, eine richtige und vernünftige Vereinbarung getroffen zu haben. Zu den Kosten: Für die Rechnung 2009 werde man eine Abrechnung des Zweckverbandes SDEU erhalten mit den Personalabbaukosten, welche aufgrund der Überführung der Fürsorge und Amtsvormundschaft angefallen sind. Schätzungen gehen von einem Betrag in der Höhe von etwa 150'000 Franken aus. Im Jahr 2010 würden gewisse Leistungen noch einmal bezogen. Auch in diesem Bereich würden möglicherweise gewisse Personalabbaukosten anfallen, welche anteilmässig unter den Zweckverbandsgemeinden aufgeteilt werden. Diese Gesamtleistung werde die Stadt wohl 300'000 bis 400'000 Franken kosten. Zum Zeitpunkt der Budgetierung sei man noch in Verhandlungen gewesen, weshalb dieser Betrag nicht in das Budget aufgenommen worden sei. Sobald die Zahl bekannt sei, werde der Stadtrat diese Ausgabe mit einem Nachtragskredit beschliessen. Zu den Zielen des Stadtrates im Finanzplan: Die Selbstfinanzierung von mindestens 100 Prozent im Fünfjahresmittel sei klar nicht gegeben. Eine Stabilisierung bzw. Reduktion der verzinslichen Schuld sei nicht möglich, im Gegenteil. Der Abbau der Nettoschuld könne eingehalten werden, da sie gegen



Ende der Planperiode etwa auf Null sein werde. Die Investitionen könnten nicht auf 60 Millionen Franken innerhalb der Planungsperiode begrenzt werden. Die Kontinuität beim jährlichen Investitionsvolumen könne ebenfalls nicht erreicht werden, da in vergangenen Jahren fast nichts investiert worden ist. Die Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand, was für die Stadt die entscheidende Grösse sei, sei mit einigen Anstrengungen grundsätzlich möglich. Die Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses sei klar als möglich zu beurteilen.

Schlussfolgerungen: Die Wachstumsprognosen für die Steuererträge 2010 seien als vorsichtig optimistisch einzuschätzen. Bei den Nachträgen des Vorjahres und den Steuerauscheidungen konnte das Gesamtergebnis optimiert werden. Bei den Grundsteuern gehe man von einem leichten Rückgang aus. Im roten Bereich sei der Aufwand der Laufenden Rechnung, der im Vorjahr im Finanzplan festgelegt worden sei, und sich um 1,7 Millionen Franken, also rund 3 Steuerprozent, verschlechtert. Die Zielvorgaben des Stadtrates und eine sehr intensive Budgetphase hätten für den Voranschlag aufwanddämpfend gewirkt. Die verzinsliche Schuld werde ansteigen, könne aber aus den Überschüssen 2007 und 2008 finanziert und deshalb verantwortet werden. Der Finanzhimmel sei nach zwei sehr positiven Jahren mit grösseren Risiken behaftet.

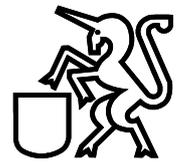
Der Stadtrat halte grundsätzlich an seinem Budget und an seinem Steuerfussantrag fest. Zum Personal: Der Stadtrat habe die budgetierten 1 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen sowie 50'000 Franken für Einmalzulagen grundsätzlich für Lohnmassnahmen freigegeben. Damit sei die Stadt Dübendorf als Arbeitgeber gegenüber anderen besser daran. Dass Dübendorf vom Kanton unabhängig sei erlaube es, in solchen Jahren nicht auf die Vollbremse treten zu müssen.

Der Stadtrat bedanke sich bei der GRPK für die umsichtige und kritische Prüfung des Voranschlages und der Antworten und bete um Genehmigung des Voranschlages und einem Steuerfuss von 90 Prozent.

Allgemeine Diskussion:

Stephan Schneider (CVP):

„Landauf landab sind die Voranschläge 2010 mit viel Unsicherheit vollgepackt. So auch in Dübendorf. Der Voranschlag zeigt nichts Berauschendes, als dass man an kleinen Schauplätzen versucht zu sparen. Wesentlich Neues ist aus dem VA nicht zu erkennen. So dümpelt Dübendorf auch im 2010 vor sich hin. Keiner weiss so wirklich, wohin das Boot kurven wird. So zeigt sich auch die Aussenansicht von Dübendorf. Verkehrschaos hüben und drüben, Gesellschaftsthemen, die unangetastet bleiben wie zum Beispiel die Themen Integration und Krippen. Eine moosbeschichtete Bahnhofbrücke im Zentrum und an bester Lage, die eher an ein Entwicklungsland erinnert, als an eine aufstrebende Stadt, zeigt das Dilemma zwischen Sparen und Investieren in die Zukunft. Man spricht von Standortförderung, von einem attraktiven Dübendorf. Doch Gelder zu investieren, die in diese Richtung gehen, findet man oftmals vergebens. Mit Ausnahme der Glattalbahn, ist eher ein Sparen an der Substanz angesagt. Spannend wäre somit die Werterhaltungsquote zu kennen, doch diese dürfte kaum erhoben werden. Das Resultat würde uns wahrscheinlich ziemlich überraschen. Doch das Sparen an der Substanz kann uns in Zukunft um ein Vielfaches mehr kosten. So wird aus einer Liegenschaft, an der nicht der übliche Unterhalt vorgenommen wird, plötzlich zum Sanierungsfall, der mit grossen Investitionen behoben werden muss. Der Voranschlag präsentiert wohl die mehrheitliche Stossrichtung. Nach aussen wird zwar sinnbildlich ein Porsche propagiert, man will aber dafür nur Kosten für einen Dacia ausgeben. Ein Spagat, der fast unmöglich ist. Die aktuelle Finanzpolitik geht eher in die Richtung, dass wir Dübendorf zu einer unattraktiven Grossstadt verkommen lassen. Die ungelösten Themenkreise wie zum Beispiel Integration, Alter, Jugendgewalt und Verkehr führen eher zu Tendenzen einer Ghettoisierung. Wo bleiben die Massnahmen für einen attraktiven Standort Dübendorf? Lieber haben wir an attraktiven Lagen Imbissbuden, Verkehrschaos, Notküche oder eine verlotterte Brücke, anstatt einen attraktiv gestalteten Bewegungsraum, der zahlungskräftige Steuerpflichtige anlocken würde. Wir schieben die Herausforderungen vor uns her und hoffen, dass diese sich von alleine lösen und am besten noch ohne Kosten. Das Projekt Bauhof ist erneut ein Paradebeispiel für Dübendorf.“



Sogar ein an sich kleines Projekt kann nicht innert vernünftiger Zeit umgesetzt werden. Was passiert, wenn wir tatsächlich mal etwas Grösseres beabsichtigen? Es wäre gerade in Zeiten, wo der Finanzwind strenger ins Gesicht bläst wichtig, dass man die Köpfe konstruktiv zusammenstreckt und die wahren Herausforderungen anpackt. Dazu ist auch Mut gefragt. Die CVP möchte nicht, dass Dübendorf zu einem Schwamendingen 2 wird. Doch dazu müssen wir bereit sein, in Zukunft vernünftig und zielgerichtet zu investieren. Ausgaben müssen wir vermehrt nach deren Wirkung beurteilen: Erzielt integrative Förderung an der Volksschule tatsächlich die Wirkung, die man haben möchte, oder sinkt sie das Niveau in Klasse? Haben wir den Mut, Beschlossenes wieder rückgängig zu machen, wenn diese nicht die gewünschte Wirkung entfalten. Wir geben ein Vielfaches mehr aus zum Beispiel im Schulbereich, aber das Endprodukt ist nicht um diese Ausgaben besser, sondern oftmals noch schlechter, wenn man den Lehrmeistern so zuhört. Die Finanzpolitik der letzten Jahre zeigt zwar schuldenseitig eine klare Verbesserung und da danken wir dem Finanzvorstand. Im Gegenzug ist die Steuerkraft unter das kantonale Mittel gefallen. Ein Grund, dass wir gesellschaftliche Themen arg vernachlässigt haben und für gute Steuerpflichtige auch zu wenig attraktiv sind. Ein Mittelweg zwischen Schuldenabbau und Ausgaben für die gesellschaftlichen Themen wie Kita, Integration, Alter und Jugend wären sicherlich eine Überlegung wert. Wir sind uns bewusst, dass gesamthaft tragbare Lösungen erarbeitet werden müssen, die einen Nutzen für eine breite Bevölkerung haben. Einen Blick auf das Nettovermögen pro Einwohner lässt erkennen, dass wir substanziell auf zitterigen Beinen stehen. Im Zehnjahresdurchschnitt beträgt das Nettovermögen pro Einwohner 331 Franken, im Fünfjahresschnitt 533 Franken. Lob für Martin Bäumle, dass wir keine Nettoverschuldung haben. Dies muss eine wichtige Zielrichtung sein, dass wir hier im Plusbereich bleiben. Hingegen zeigt sie auch, dass wir von einem anzustrebenden Ziel von 1000 Franken pro Einwohner weit entfernt sind. Dies wäre aber für solide Finanzen notwendig, um Durststrecken vernünftig überleben zu können und man von Hau-Ruck-Spar-Aktionen absehen kann. Ob der Steuerfuss der alleinige Trumpf für ein attraktives Dübendorf ist, bezweifle ich stark. Man darf ihn nicht ausser Acht lassen, aber auch nicht nur als alleiniger Gradmesser verwenden. Manchmal muss man auch zuerst investieren, bevor man die Früchte einfahren kann. So hofft die CVP, dass wir, Gemeinderat und Stadtrat das Jahr 2010 dazu nutzen, uns Grundlegendes zu überlegen, so dass der nächste Voranschlag erste Früchte für ein attraktives Dübendorf erkennen lässt. Wenn man gute Projekte hat, wird die Mehrheit der Einwohner auch bereit sein, einen kleinen Obolus zu sprechen. Denn da sind wir uns sicher, dass die Dübendorfer lieber an einem zukunftsorientierten Ort leben mit einem pulsierenden Wirtschaftsleben und einem attraktiven gesellschaftlichen Lebensraum, als an einem Ort, wo Kriminalität, Angst, Öde, Düsterei und Abgase regieren. Gesamthaft unterstützen wir aber den Voranschlag 2010 mit der Botschaft, intensiver an den wahren Problemen zu arbeiten, als diese ungelöst vor sich herzuschieben.“

Hans Baumann (SP):

„Das Thema Besoldungen geht alle Abteilungen an. Auf Seite 83 findet sich eine Bemerkung zur vorgesehenen Besoldungsanpassung, zu der ich einen Kommentar abgeben möchte. Die SP-Fraktion kritisiert nicht die Höhe der Besoldungsanpassung: Bei einer Teuerung von 0 Prozent im November entspricht 1 Prozent einer realen Erhöhung und dies ist ungefähr im Rahmen dessen, was andere öffentlichen Verwaltungen und auch die Privatwirtschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorsehen. Der Stadtrat hat nun auf Anfrage der GRPK bestätigt, dass dieses 1 Prozent ausschliesslich individuell verteilt wird. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es korrekter ist, wenn mindestens ein namhafter Teil dieser Lohnerhöhung generell für alle gleich ausgerichtet und nicht allein von der oft sehr subjektiven Beurteilung des Vorgesetzten abhängig gemacht wird. Zudem steht die Revision der Besoldungsverordnung (ABVO) an. Mit dieser Revision soll dem Personal die Hälfte der Nichtberufsunfallprämie, die bisher voll von der Stadt getragen wurde, überbürdet werden. Je nach Personalkategorie macht dies 0,5 bis 1 Lohnprozent aus. Sofern dies nicht mit der Lohnanpassung verrechnet wird, wird dies für viele mit einem Reallohnabbau verbunden sein. Dies ist für das Personal schwer verständlich, da es bezüglich Lohnanpassungen in den letzten Jahren einige Male enttäuscht wurde und Dübendorf vor Zollikon im Kanton die schlechteste Lohnentwicklung aufweist. Der



Stadtrat hätte dies so lösen können, dass er dieses Jahr allen Angestellten die Löhne generell um 1 Prozent anpasst oder einen Teil der Mittel für die Besoldungsanpassung dafür einsetzt, um im Falle einer Annahme der neuen ABVO dem Personal wenigstens den Besitzstand zu garantieren. Laut Antwort auf eine Anfrage der GRPK ist der Stadtrat aber nicht gewillt, dies zu tun. Da der Gemeinderat offensichtlich nicht die Kompetenz hat, dem Stadtrat bei der Verwendung der vorgesehenen Mittel für Besoldungserhöhungen dreinzureden, können wir hier keinen entsprechenden Antrag stellen. Wir werden aber als SP/Juso-Fraktion im Rahmen der Revision der ABVO darauf zurückkommen. Ein anderes Problem betrifft die Verteilung der Einmalzulagen auf die verschiedenen Abteilungen. Offensichtlich wurde dieser an sich schon relative bescheidene Betrag - vorgesehen sind 50'000 Franken für 2010 - bisher nicht nach der Anzahl der Angestellten auf die Abteilungen verteilt, was zu Ungerechtigkeiten geführt hat. Hier ergeht der Aufruf an den Stadtrat, dies zukünftig gerechter und anders zu handhaben.“

Patrick Walder (SVP):

Stephan Schneider sage das, was die SVP schon immer sage. Die SVP setze dies dann aber konsequent um. Stephan Schneider habe die Steuerkraft und damit die Bevölkerungsstruktur angesprochen. Die CVP solle dabei mithelfen auf kantonaler und nationaler Ebene bei den Themen Asylpolitik, Ausländerpolitik, Personenfreizügigkeit. Stephan Schneider habe die Bildungspolitik angesprochen. Dann solle die CVP dabei mithelfen auf kantonaler und nationaler Ebene bei den Stichworten Neues Volksschulgesetz, Harmos. Da sei die CVP mit der linken Seite dafür gewesen. Es werde immer teurer, um dumm zu werden. Die CVP solle mithelfen, nicht nur mit guten Aussagen.

Kein Antrag auf Nichteintreten, Eintreten ist damit beschlossen.

B. Detailberatung

1.a) Laufende Rechnung, Seiten 34 bis 82

10 Präsidium und Planung, Seiten 34 bis 41:

Keine Anträge, genehmigt.

11 Finanzen, Seiten 41 bis 48

Antrag Hans Baumann (SP):

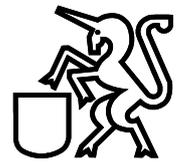
„Antrag:

Konto 1134.3620/3670: Die Beiträge an Hilfsorganisationen im In- und Ausland sind von 50'000 auf 100'000 Franken zu erhöhen.

Begründung: Die 50'000 Franken Beiträge der Stadt Dübendorf an Hilfsorganisationen belaufen sich auf ca. 0.04 Prozent der Gesamtausgaben der Stadt. Das ist nur wenig mehr als die Stadt jährlich für den Unterhalt des Springbrunnens vor dem Stadthaus ausgibt. Bis 2003 hat die Stadt jährlich 100'000 Franken für Hilfsprojekte ausgerichtet. Dann wurde innerhalb der Focus-Massnahmen entschieden, diesen Betrag auf 50'000 Franken zu reduzieren, solange der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent ausfällt. Seit 2006 liegt nun der Selbstfinanzierungsgrad über 100 Prozent, ohne dass der Betrag für Hilfsaktionen je wieder erhöht wurde. Die SP/Juso-Fraktion beantragt deshalb, dies jetzt nachzuholen und im Voranschlag 2010 100'000 Franken einzusetzen. In der GRPK ist dieser Antrag knapp unterlegen.“

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 20 zu 15 Stimmen abgelehnt.



Keine weiteren Anträge, genehmigt.

12 Hochbau, Seiten 48 bis 50

Keine Anträge, genehmigt.

13 Tiefbau, Seiten 50 bis 54

Antrag GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die GRPK beantragt folgende Änderung der Laufenden Rechnung: Seite 62 Finanzierung von Ausgaben für Littering nicht über Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung sondern über die mit allgemeinen Steuermitteln finanzierte Laufende Rechnung. Betroffen sind 3 Konti.

Antrag:

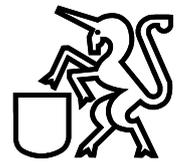
- 1325.4900 (Besoldungen Abfall und Recycling, interne Verrechnung, 1550.3900: Ertragsminderung Fr. 10'000)
- 1325.4902 (Anteil Besoldungen Abfallbeseitigung; Littering ab 2010, interne Verrechnung, 1550.3900: Ertragsminderung Fr. 60'000)
- 1550.3900 (Besoldungen Unterhaltsdienste, interne Verrechnung, 1325.4900: Aufwandminderung Fr. 70'000)

Begründung: Die GRPK ist nach der ersten Behandlung des Abfallkonzeptes zum Schluss gelangt, dass die Aufwendungen des Tiefbauamtes im Bereich Littering zur allgemeinen Stadtreinigung gehören. Diese Kosten sind nicht gebührenfinanziert via Abfallrechnung zu tragen. Mit der Reduktion der internen Verrechnung grenzen wir die Aufwandsbereiche Stadtreinigung und Abfallbewirtschaftung klarer ab und nehmen allfällige Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Abfallbewirtschaftung zu treffen sind, nicht vorweg.“

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU):

Er wolle am Antrag des Stadtrates festhalten. Der Stadtrat habe sich diese Diskussion auch nicht einfach gemacht. Der Stadtrat sei der Auffassung, dass es nicht um Littering gehe, sondern um den Aufwand für die illegale Entsorgung von Hauskehricht. Das gehöre in die Abfallwirtschaft. Letztlich sei es eine politische Entscheidung und die Frage, wo man die Grenze ziehe. Er erlaube sich an dieser Stelle den Tiefbauvorstand in Schutz zu nehmen. Man habe sich bemüht, ein Konzept zu erarbeiten und dieses dem Parlament auf dieses Budget hin vorzulegen, so dass der Gemeinderat volle Kenntnis habe, wie der Stadtrat in Zukunft die Finanzentwicklung und die entsprechenden Leistungen auch in diesem Bereich beurteilt. Was man nicht geschafft habe, und was man sich eigentlich vorgenommen habe, sei die Ausarbeitung von Szenarien, wie sich dieser Bereich verschieden entwickeln könne. So wäre die Gebührenplanung klarer und transparenter gewesen. Dafür möchte er sich entschuldigen, weil man nicht alles zusammen erarbeiten könne. Man habe parallel mit der ARA einiges zu tun gehabt und habe dort auch Szenarien entwickeln müssen. Man habe der GRPK aber versucht transparent zu erklären, dass es das Ziel des Stadtrates sei, mit den jetzt aktuellen zweimaligen Gebührensenkungen im letzten und in diesem Jahr in den nächsten drei bis vier Jahren den Überschuss auf Null abzubauen. Mehr könne er noch nicht sagen. Der Stadtrat mache in diesem Bereich aber nicht, was er wolle. Vor einem Jahr habe das Parlament eine Senkung der Gebühren als Auftrag an den Stadtrat erlassen. Der Stadtrat habe daraufhin überprüft, ob es möglich sei, tiefere Ansätze festzulegen. Man habe dann entschieden, dass man das, was man verantworten könne, im Jahr 2009 umsetze und im Jahr 2010 einen weiteren Schritt, wenn dies aufgrund des Abfallkonzeptes angezeigt sei.

Hans-Felix Trachsler (SVP):



Im Antrag, welcher dem Gemeinderat vorliege, stehe zum Thema Gebühren kein Satz darin.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 31 zu 0 Stimmen genehmigt.

Keine weiteren Anträge, genehmigt.

14 Sicherheit, Seiten 55 bis 61

Keine Anträge, genehmigt.

15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 61 bis 65

Keine weiteren Anträge, genehmigt.

16 Soziales, Seiten 65 bis 73

Anfrage Andrea Kennel (SP):

„S. 68 Konto 1608.3658 Sozialdienst für Erwachsene; Modul Suchtberatung: Hier wurde der gesamte budgetierte Betrag von 112'000 Franken gestrichen. Dies mit folgender Begründung: Entfällt, Austritt aus dem Zweckverband Soziale Dienste im Bezirk Uster per Ende 2009. Meine Frage: Entfällt dann auch die Aufgabe der Suchtberatung oder kann die ohne jegliche Kosten erledigt werden? Ich kann es mir kaum vorstellen, dass wir durch den Austritt aus dem SDEU ab Januar keine Süchtigen in Dübendorf mehr haben werden. Ich bitte den Stadtrat um eine kurze Begründung.“

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumlle (GEU):

Es entfalle keine Aufgabe. Zum Zeitpunkt der Budgetierung habe man einerseits festgehalten, dass man auf Ende 2009 aus dem SDEU austrete und keine weiteren Beiträge an die Institution bezahle. Die Kosten, die anfallen werden, seien in anderen Budgetposten im Sozialbereich enthalten. Man sei aber nicht sicher, ob dieses Budget ohne die Vereinbarung ausgereicht hätte, oder ob der Stadtrat auch einen Nachtragskredit hätte sprechen müssen, aber nicht in der Höhe, wie man es beim SDEU gehabt habe. Dies war die Ausgangslage für die Budgetierung. Leistungen entfielen keine, die würden jetzt erbracht durch Interne und Drittanbieter. Es könnte sein, dass dies ab 2011 weiterhin der Sozialdienst für Erwachsene sein, die werde sich im Frühling klären.

Anschlussfrage und Antrag Andrea Kennel (SP):

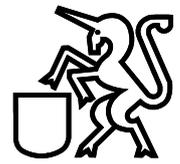
Sie frage sich, wo diese gestrichenen 112'000 Franken enthalten seien. Es sei ihr ebenfalls nicht aufgefallen, wo die Ausgaben für den Job-Bus versteckt seien. Man habe gehört, dass die 112'000 Franken weiterhin benötigt würden für Leistungen, die beim SDEU bezogen werden.

Antrag: Konto 1608.3658 Sozialdienst für Erwachsene; Modul Suchtberatung: Erhöhung um die gestrichenen 112'000 Franken.

Begründung: Der Stadtrat müsse dadurch keinen Antrag auf einen Nachtragskredit stellen.

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumlle (GEU):

112'000 Franken wären eine falsche Zahl. Man habe momentan ein aktuelles Budget des Sozialdienstes für Erwachsene mit einer anderen Zahl. Man wisse aber nicht, ob Ende Jahr nicht mehr Kosten aufgrund von Personalabbau anfielen. Man könne jetzt eine Zahl in den Voranschlag schreiben oder nicht, am Schluss werde trotzdem der Stadtrat einen Gesamtkredit, welcher die ganze Vereinbarung abdeckt, genehmigen müssen. Dabei seien mehrere Konti betroffen. Er bitte deshalb, nichts Zusätzliches in das Budget aufzunehmen und den Antrag abzulehnen.



Abstimmung:

Der Antrag wird mit 28 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Antrag Andrea Kennel (SP):

„S. 69 Konto 1680.3010 Sozialhilfe: Besoldungen. Bei der Abstimmung über den Austritt aus dem Zweckverband Soziale Dienste für Erwachsene befürchtete die SP einen Abbau bei der persönlichen Hilfe. Gegen diesen Abbau wehren wir uns jetzt. Wir beantragen im Budget S 69 unter Konto 1680.3010 Sozialhilfe: Besoldungen 120'000 Franken mehr zu budgetieren. Wie kommen wir auf diese Idee und vor allem, wie kommen wir auf diese 120'000? Auf einer Tabelle sieht man, was für die Sozialhilfe im Jahre 2008 ausgegeben wurde, als der SDEU noch für die persönliche Hilfe zuständig war. Das waren gut 730'000 Franken. Für nächstes Jahr sind nun 865'000 Franken vorgesehen. Da ab 2010 Dübendorf die persönliche Hilfe selber übernimmt, sollten die Mehrkosten also den Zahlen in der Weisung entsprechen. Das ist aber nicht der Fall. Es sollen knapp 120'000 Franken weniger sein, was nur mit einem deutlichen Leistungsabbau möglich ist. Wir wehren uns gegen diesen Leistungsabbau. In der Weisung war für die persönliche Hilfe klar ein Betrag vorgesehen, der eine Weiterführung der persönlichen Hilfe im bisherigen Rahmen erlaubt. Nun fragen sich sicher einige, wieso der Stadtrat vor kurzem via Presse verlauten liess, dass beim Austritt aus den SDEU alles planmässig verlaufe und auch die Finanzen eingehalten werden. Wir sehen ja hier, dass die Finanzen im Bereich persönliche Hilfe deutlich tiefer sind. Gesamthaft werden die Finanzen tatsächlich knapp eingehalten, denn die Vormundschaft ist entsprechend teurer als in der Weisung versprochen. Die konkreten Zahlen sieht man auf der Tabelle links. Es zeigt sich also, dass die Zahlen in der Weisung für die Amtsvormundschaft deutlich neben der Realität lagen. An Stelle der 53'000 Franken Einsparungen bei der Amtsvormundschaft haben wir hier 166'000 Mehraufwand. Die einzige Rettung ist ein Abbau bei der persönlichen Hilfe, damit behauptet werden kann, es laufe alles planmässig. Diese versteckte Kürzung und Sozialabbau bei der persönlichen Hilfe akzeptiert die SP nicht. Wir beantragen, dass für die persönliche Hilfe auch soviel gemacht wird, wie in der Weisung versprochen.

Antrag:

1680.3010: Aufstockung des Personalaufwandes um 120'000 Franken.“

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumlle (GEU):

Der Stadtrat lehne diesen Antrag ab. Der Stadtrat werde sich Ende 2010 messen lassen, wenn die effektiven Zahlen vorliegen. Dass etwas nicht ordnungsgemäss gelaufen sei, weise der Stadtrat zurück, auch wenn die Sozialbehörde abschliessend dafür zuständig sei. Er bitte um Ablehnung des Antrages und könne versichern, dass auch der Finanzvorstand ein eminentes Interesse habe zu wissen, wie sich die Situation entwickelt habe. Leistungen würden aber keine abgebaut. Zum Bereich der Vormundschaft könne er festhalten, dass die Fallzahlen gegenüber der Weisung höher seien, was einen Teil der Mehrkosten ausmachen werde.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 22 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Keine weiteren Anträge, genehmigt.

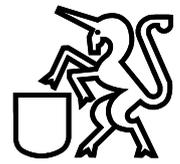
17 Bildung und Jugend, Seiten 74 bis 75

Keine Anträge, genehmigt.

19 Primarschule, Seiten 75 bis 82

Antrag Andrea Kennel (SP):

„S. 80/81 Konto 1920.4320 Pensionsgelder Hort und Konto 1922.4321 Pensionsgelder Krippe. Wir



haben im Eintretensreferat des Finanzvorstandes gehört, dass wir bei der Kinderbetreuung Entwicklungspotential mit Folgekosten haben. Nach der Abstimmung vom November ist klar, dass es neue Hortplätze geben wird. Nun stellt sich die Frage, wie sich das auf das Budget auswirkt. Konkret wollte ich wissen, was diese zusätzlichen Hort- und Mittagstischplätze der Stadt unter dem Strich kosten. Gemäss Differenzenkommentar kann sind die Zahlen für Krippe und Hort nicht genau abgegrenzt. So müssen also die Zahlen für Krippe und Hort berücksichtigt werden, um hier eine klare und verlässliche Aussage machen zu können. Ich habe mir die Mühe gemacht die bisherigen Aufwendungen und Erträge dieser Konten zusammen zu stellen, um den effektiven Mehraufwand zu errechnen. Und ich war erstaunt. Der Aufwandüberschuss ist negativ und sogar sechsstellig negativ. Ja, das heisst, dass die Stadt durch die Aufstockung des Hortes nächstes Jahr 216'000 Franken einspart. Die massive Tarifierhöhung der Elternbeiträge hat also einzig und allein das Ziel, die allgemeinen Finanzen von Dübendorf aufzubessern. Die neuen Tarife treffen vor allem Eltern mit mittlerem Einkommen, die versuchen sich selber über Wasser zu halten und sich jetzt schon keinen Luxus leisten können. Diese sollen nun soviel mehr bezahlen, dass die Stadt unter dem Strich daran klar verdient. Das darf nicht sein. Ich hoffe nur, dass niemand auf die Idee kommt, nun auch noch die Steuern zu senken. Denn es sind genau die gleichen Familien, die von einer Steuersenkung sich nicht mal ein Abendessen in der Pizzeria leisten könnten. Schon gar nicht nach der Tarifierhöhung in Hort und Krippe. Damit die Schulpflege und der Stadtrat nicht auf die Idee kommen, die Tarife nochmals zu erhöhen, beantragen wir, die Pensionsgelder bewusst tief zu budgetieren. Konkret sollen die Pensionsgelder für Hort und Krippe gleich budgetiert werden wie letztes Jahr. Wie sich die Tarifierhöhung auf die Durchmischung auswirken wird, wissen wir jetzt noch nicht. Es kann durchaus sein, dass man mit höheren Tarifen weniger Einnahmen erzielt, weil Familien mit einem mittleren Einkommen gezwungen sind, andere Lösungen zu suchen. Deshalb ist eine vorsichtige Budgetierung wichtig. So kann dann die Rechnung 2010 in diesem Bereich ohne weitere Tarifierhöhung eingehalten werden.

Anträge:

Konto 1920.4320 Pensionsgelder Hort: Wie letztes Jahr 470'000 Franken budgetieren.

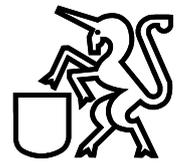
Konto 1922.4321 Pensionsgelder Krippe: Wie letztes Jahr 110'000 Franken budgetieren.“

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU):

Es sei ein Challenge, mit Spontanträgen umzugehen. Die SP mache einen Mix-Up. Im Voranschlag 2009 sei man davon ausgegangen, dass man die Tagesbetreuung mit der vom Stadtrat beantragten Kostendeckung, die tiefer war, eingeführt würde in einem höheren Mass. Entsprechend sei der Aufwand erhöht worden im Budget, und die Erträge wären durch die spätere Gebührenanpassung erst verzögert gekommen. Deshalb seien die Erträge 2009 tiefer und der Aufwand höher. Aufgrund der Entscheidung des Parlaments und der Bestätigung durch die Volksabstimmung habe man die Beträge mit den neuen Tarifen für 2010 neu berechnet. Zwar habe man jetzt eine Aufwandsteigerung, jedoch nicht in dem Masse, da nicht alles umgesetzt werde, und auf der Ertragsseite mehr Einnahmen aufgrund des höheren Kostendeckungsgrades. Eigentlich seien diese Anträge so nicht korrekt, da sie eine vom Volk beschlossene Massnahme indirekt aushebelten. Er bitte deshalb, dem vom Stadtrat beantragten Voranschlag zu folgen. Der Gemeinderat werde sich aber weiter mit diesem Thema weiter beschäftigen. Alle paar Monate sei ein Vorstoss oder eine Initiative hängig. Letztlich werde man dann entscheiden, wenn das Volk entschieden habe, was es wolle und was finanziert werden müsse.

Hans Baumann (SP):

Dieses Thema beschäftige den Gemeinderat, weil es ein wichtiges Thema sei und ganz viele Familien angehe. Egal was man beschliesse, werde man die Höhe der Kostendeckung nie erfahren. Wenn nämlich in Dübendorf das passiere, was in Bern und Zürich passiert sei, dann komme es trotz der Erhöhung der Elternbeiträge zu einem Rückgang der Einnahmen. Eltern mit einem mittleren Einkommen hätten durch die erhöhten Beiträge ihre Kinder nicht mehr in den Hort bringen können.



Abstimmungen:

Der Antrag zum Konto 1920.4320 Pensionsgelder Hort wird mit 27 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag zum Konto 1922.4321 Pensionsgelder Krippe wird mit 27 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Keine weiteren Anträge, genehmigt.

Schlussabstimmung zur bereinigten Laufenden Rechnung:

Mit 30 zu 0 Stimmen hat der Gemeinderat der geänderten Laufenden Rechnung des Voranschlages 2010 zugestimmt.

1.b) Investitionsrechnung, Abschreibungstabelle, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung, Seiten 101 bis 116

Antrag GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Konto 1110.5060 (Stadtpolizei, Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge): Streichung Investition Anschaffung Patrouillenfahrzeug DW2: Fr. 60'000).

Begründung: Die GRPK beantragt dem Gemeinderat, die Ersatzanschaffung eines neuen Polizeiautos im Voranschlag 2010 zu streichen. Das zu ersetzende Auto ist erst sechsjährig und hat einen Kilometerstand von knapp 90'000 Kilometer. Das bisherige Fahrzeug kann also noch problemlos weiter betrieben werden. Nachdem sich die Polizei kürzlich ein neues Fahrzeug der Luxusategorie anschaffte, ist die GRPK der Ansicht, dass auch sie das bisherige Fahrzeug etwas länger nutzen könnte und etwas bescheidener sein sollte.“

Stellungnahme Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):

Wenn ein Camionneur ein Lastwagen anschaffe, dann kaufe er nicht den billigsten, sondern achte auf die Sicherheit. Das gelte auch für die Stadtpolizei. Das zivile Polizeifahrzeug sei im Januar 2004 in den Einsatz gekommen und hat 90'000 Kilometer absolviert. Wenn die GRPK davon ausgehe, dass ein solches Fahrzeug mit einem privaten Fahrzeug verglichen werden könne, dann müsse er dies verneinen. Wenn ein Polizeifahrzeug ausrücke, dann sei es mit 450 bis 500 Kilogramm zusätzlicher Last beladen. Die Abnutzung ist zudem höher, wenn das Fahrzeug in kaltem Zustand für eine dringliche Dienstfahrt eingesetzt werde. Ein Polizist sitze bis zu 50 Prozent seiner Arbeitszeit im Auto, das sei also sein Arbeitsplatz. Im Finanzplan 2011 sei zudem der Ersatz des 5er BMW, des Dienstwagens 1, der dann auch sechsjährig ist, vorgesehen. Mit dem Ersatz dieser Fahrzeuge könne nicht länger zugewartet werden. Stimme der Gemeinderat dem Antrag der GRPK zu, dann werde auf dem Buckel der Mitarbeitenden ein Bauernopfer erbracht. Mit der Unterstützung des Antrages des Stadtrates erweise der Gemeinderat die Wertschätzung gegenüber der polizeilichen Arbeit und der Personen, welche die Sicherheit für die Personen in Dübendorf gewährten.

Allgemeine Diskussion:

Jacqueline Hofer (SVP):

„Ich distanziere mich von diesem Antrag. Für die Stadt Dübendorf mit rund 23'000 Einwohner ist dieser Antrag beschämend und geradezu respektlos allen Polizisten und Polizistinnen gegenüber, die sich tagtäglich mit Leib und Leben und Herzblut für die Sicherheit in Dübendorf einsetzen. Jeder Einsatz ist ein Wettlauf mit der Zeit und stellt ganz besondere Anforderungen an ein Dienstfahrzeug. Die Intuition, System und Technik müssen stimmen. Der Auftrag der Polizei ist es, schnell am Einsatzort zu sein und für die Sicherheit zu sorgen. Die Stadt Dübendorf ist verpflichtet unsere Polizisten und



Polizistinnen bestmöglich auszurüsten und sie bei ihrer Arbeit insbesondere auf dem Weg zum Einsatzort optimal zu schützen. Beim Zivilfahrzeug der Stadtpolizei Dübendorf sprechen wir nicht wie argumentiert von einem Privatwagen, sondern von einem unverzichtbaren vollwertigen Dienstfahrzeug. Der einzige Unterschied ist, dass es nicht beschriftet ist bzw. die Polizeieigenschaft von aussen nicht erkennbar ist. Das hat seinen Grund: Der Einsatz eines solchen Fahrzeuges hat rein polizeitaktische Überlegungen. Denn beim ständigen Einsatz uniformierter Kräfte würde der polizeiliche Zweck der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr in vielen Einsätzen nicht möglich sein. Ich glaube es ist allen klar, dass ein Zivilfahrzeug ein unentbehrliches Einsatz- und Arbeitsmittel im Streifendienst sowie bei der Bewältigung aller polizeilichen Lagen ist. In der Regel wird ein Polizeifahrzeug im Zwei- bis Dreijahrestakt ausgewechselt. In Dübendorf geht es darum ein sechsjähriges Dienstfahrzeug altershalber zu ersetzen, was längst überfällig ist. Die Garantie ist vor drei Jahren abgelaufen. Wir sprechen von einem Fahrzeug, das im täglichen Polizeidienst unter Volllast steht. Wer mit dem Kilometerstand argumentiert, sollte wissen, dass ein Polizeifahrzeug ständig mit 300 Kilogramm Material beladen ist. Die Abnutzung ist wegen des viel intensiveren Gebrauchs viel höher. Das hat zum Beispiel Auswirkungen auf Stoßdämpfer, Federung, allgemeine Abnutzung etc. Der Kilometerstand eines Dienstfahrzeuges muss im Vergleich mit einem privaten Fahrzeug mit dem Faktor 2 multipliziert werden. Es ist der Stadt Dübendorf unwürdig, dass wir überhaupt über den altersbedingten Ersatz eines Polizeifahrzeuges diskutieren müssen. Für die Bürgerinnen und Bürger wie auch in anderen Gemeinden ist das eine klare Sache. Wie oft plädieren Politiker und Politikerinnen für die Sicherheit, da nehme ich meine eigene Partei nicht aus. Es ist nicht populär sich gegen einen Grossteil der eigenen Fraktion zu stellen. Im Fokus ist für mich die Sache. Als Mitglied des Gemeinderates und als gewählte linientreue SVP-Politikerin hat für mich der Wählerauftrag von der Dübendorfer Bevölkerung erste Priorität. Ich halte mein Wahlversprechen. Es geht um die Sicherheit in Dübendorf und um die Sicherheit unserer Polizisten. Die Ersatzbeschaffung eines Zivilfahrzeuges ist zudem haushälterisch und ökologisch sinnvoll, ist doch wie bereits erwähnt die Garantie bereits vor drei Jahren abgelaufen. Jetzt haben Sie Gelegenheit etwas für das wichtige Anliegen Sicherheit zu tun. Die Bevölkerung würde eine Annahme dieses Antrages nicht verstehen. Ich bitte Sie aus den erwähnten Gründen um klare Ablehnung des GRPK Antrages.“

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 22 zu 11 Stimmen angenommen.

Keine weiteren Anträge.

Schlussabstimmung zur bereinigten Investitionsrechnung:

Mit 31 zu 2 Stimmen hat der Gemeinderat der geänderten Investitionsrechnung des Voranschlages 2010 zugestimmt.

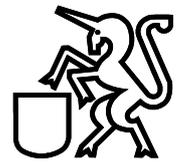
2. Steuern

1. Festsetzung 100%-iger Steuerertrag von Fr. 52'000'000.

Keine Bemerkungen.

2. Steuerfuss

Antrag Stadtrat gemäss Voranschlag: 90 Prozent



Antrag GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Finanziell entwickelte sich die Stadt Dübendorf in jüngster Zeit sehr erfreulich. Die Resultate übertrafen in der Vergangenheit die geplanten Werte wesentlich. Die Stadt führte die Verschuldung im Mehrjahresvergleich markant zurück. Die Perspektiven für die Jahre 2011 und 2012 sind etwas gedämpft. Eine deutliche Mehrheit der GRPK unterstützt den Stadtrat in seiner Steuerfusspolitik mit dem Primat eines möglichst langfristigen stabilen Steuersatzes. Die im Mehrjahresvergleich markant reduzierten Verpflichtungen erlauben es nun der Stadt Dübendorf, höhere Investitionen vorzunehmen ohne gleichzeitig den Steuerfuss wieder anzuheben. Eine leichte Zunahme der Verschuldung lässt sich gut verantworten, zumal derzeit die Kapitalmarktzinsen auf einem Rekordtief sind.“

Antrag GRPK: 90 Prozent

Abänderungsanträge:

Patrick Walder (SVP):

„Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen heute Abend eine Steuerfussenkung um 3 Prozent auf neu 87 Prozent. Die Schweiz hat eine wirtschaftlich schwierige Situation hinter sich, und wahrscheinlich noch vor sich. In einer solchen Situation ist es wichtig die Konsumenten, also die Steuerzahler, zu entlasten. Diese Entlastung ist mit einer Steuersenkung möglich. Die linke Ratshälfte bringt immer wieder Argumente vor, die dem Steuerzahler nichts bringen. Alle Jahre wieder muss das Publikum und auch wir hier im Saal ihre Berechnungen anhören. Sie betonen, dass eine Steuersenkung ja nur so wenig bringe. Man hätte danach vielleicht 10, 20, 50 Franken mehr. Nur müssen Sie verstehen, dass diese Argumentation massiv hinkt. Wenn Sie heute von 100 Franken Einkommen gerade mal etwa 40-50 Prozent behalten dürfen, ist jeder Bürger um eine Entlastung froh, auch wenn diese nur 50 Franken betragen. Mit einer Steuersenkung ermöglichen Sie eine Entlastung für alle und somit auch eine Stärkung aller, was Sie mit einem absurden Konjunkturprogramm oder mit vereinzelt Lohnerhöhungen nie erreichen können. Mit einer Steuersenkung können Sie endlich einmal etwas für unsere Bürger und für unser Gewerbe machen. Meine heutige Begründung zur Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent steht unter dem Motto: ‚Alle Jahre wieder!‘. Die oben erwähnte Entlastung, also die Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent, kann und muss sich Dübendorf leisten. Wie wir bereits wissen, werden die Steuereinnahmen für das Jahr 2009 wieder einmal einiges besser ausfallen, als im Budget 2009 prognostiziert. Die Stadt Dübendorf wird im Jahr 2009 mit Sicherheit zwischen 3-4 Millionen mehr Steuern einnehmen, was eine Steuersenkung zwischen 6-8 Steuerprozenten für das Jahr 2009 ermöglicht hätte. Und zum xten-Mal müssen wir feststellen, dass beim Vorschlag zum Steuerfuss der zuständige Stadtrat wieder einmal keine gute, weitsichtige und vor allem keine seriöse Arbeit geleistet hatte. Über allfällige Konsequenzen sollten die Stimmberechtigten entscheiden. Wie für das Jahr 2009 sind auch für das Jahr 2010 die Steuereinnahmen falsch budgetiert. Ich bin der festen Überzeugung, dass Ende 2010 auf den Konten 1145.4000 (Ordentliche Steuern) und 1145.4001 (Steuern Vorjahre) mindestens 1,5 Millionen Franken mehr ausgewiesen werden können, also mindestens 3 Steuerprozent. Wenn man in die Vergangenheit schaut, ja auch wenn man diesen Voranschlag 2010 anschaut, wird man das Gefühl nicht los, dass unser Finanzvorstand die Bedeutung des Begriffs Voranschlag gar nicht verstanden hat. Dieses Gefühl wird untermauert mit der jährlichen Ausrede des Finanzvorstands, man budgetiere die Einnahmen halt pessimistisch. Lieber Stadtrat, ein Voranschlag ist ein Mittel der Finanzplanung, sprich ein Voranschlag muss richtig und seriös sein. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen: Wenn wir jährlich erkennen, dass der Stadtrat, seine Aufgaben nicht richtig erfüllt, sind wir gezwungen einzugreifen und dem Stadtrat zu helfen. Wenn wir unsere Verantwortung wahrnehmen, müssen wir den Steuerfuss um mindestens 3 Prozent senken. Dann erreicht auch der Stadtrat seine vor ihm vorgegebenen Ziele. Neben den oben aufgeführten Argumenten dürfen wir die Attraktivität des Standorts Dübendorf nicht vergessen. Weit über 50 Gemeinden im Kanton Zürich haben ihre Steuern gesenkt. Mit einem Gesamtsteuerfuss ohne Kirchensteuer der Stadt Dübendorf

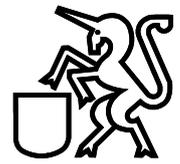


von 111 Prozent liegen wir immer noch 3,2 Prozent über dem effektiven kantonalen Mittel. Mit einer Steuersenkung von 3 Prozent würden wir uns entscheidend dem kantonalen Mittel annähern. Einige von Ihnen, die sich mit Finanzpolitik beschäftigen, werden sich nun fragen, wieso man in den Medien immer vom kantonalen Mittel von 112 Prozent gehört und gelesen hat. Die 112 Prozent beziehen sich auf das kantonale Mittel von 107,8 Prozent inklusive einer fiktiven Erhöhung von 4,609 Prozent für Steuereffussausgleichsgemeinden. Da diese 4,609 Prozent allerdings rein fiktiv sind, haben diese selbsterklärend beim Steuerwettbewerb und der damit verbundenen Standortattraktivität keinen Einfluss. Ich hoffe, dass der Stadtrat und das Parlament nicht wie in den vergangenen Jahren der Diskussion um den Steuerfuss aus dem Weg gehen. In den vergangenen Jahren wurde in der Steuereffussdebatte immer nur über die Ausgaben und Investitionen diskutiert. Verstehen Sie liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es in dieser Debatte nicht um Investitionen und Ausgaben geht, sondern darum dass auch die Einnahmen-Seite ins Lot gebracht wird, daher die Steuersenkung um 3 Prozent. Alle Jahre wieder bringen wir bei der Budgetdebatte unsere Argumente. Alle Jahre wieder werden wir belächelt oder unsere Argumente als Milchbüchlirechnung abgetan. Alle Jahre wieder erkennen Sie mit der Rechnung, dass unsere Argumente richtig waren. Geschätzte Ratsmitglieder, entscheiden Sie mit Vernunft und stimmen Sie dem Antrag zur Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent der SVP-Fraktion zu.“

Allgemeine Diskussion:

Hans Baumann (SP):

„Die SP/Juso-Fraktion ist mit dem Antrag von Stadtrat und GRPK, den Steuerfuss auf 90 Prozent zu belassen einverstanden. Dies trotz gewisser Bedenken über die Entwicklung der Einnahmenseite und dem dadurch entstehenden Spardruck auf der Ausgabenseite. Der Antrag der SVP auf eine Senkung des Steuerfusses um drei Prozent ist hingegen völlig abwegig. Die rechtsnationale Seite will den Staat möglichst wegsparen. Die SP-Fraktion hatte sich letztes Jahr gegen die Steuerfussenkung um 4 Prozent vergeblich gewehrt. Schon damals war absehbar, dass sich die Wirtschaftskrise auf die Steuereinnahmen negativ auswirken wird. Zwar noch nicht im Jahr 2009 aber in den folgenden Jahren. Ebenso klar war, dass sich die Sozialausgaben durch die Krise auf dem Arbeitsmarkt erhöhen werden und es einen Investitionsstau gibt, was zu einer starken Zunahme der Investitionen führen wird. Nun hat sich diese Kritik bewahrheitet: Die Steuereinnahmen stagnieren nächstes Jahr. Der Voranschlag 2010 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 5 Millionen. Wegen der lückenhaften Budgetierung der Sozialabteilung wird sich dieses Defizit noch erhöhen. Der Selbstfinanzierungsgrad wird auf 43 Prozent sinken. Die Stadt hätte also eine gewisse Reserve aus den Mehreinnahmen 2009 gebrauchen können, die ihr jetzt durch die Steuerfussenkung verlustig gegangen ist. Und 2011 werden sich die Aussichten nochmals deutlich verschlechtern. Trotz dieser Bedenken beurteilt die SP-Fraktion die städtischen Finanzen noch einigermaßen im Lot und beantragt im Moment keine Steuerfusserhöhung, welche auch aus konjunkturpolitischen Überlegungen verfehlt wäre. Gegen eine erneute Steuerfussenkung, wie von der SVP beantragt, müssen wir uns aber vehement wehren. Dies nicht nur aus den obigen finanzpolitischen Überlegungen. Auch konjunkturpolitisch bringt eine Steuerfussenkung sehr wenig. Das Argument, die verfügbaren Einkommen würden erhöht und somit die Kaufkraft gestärkt, sticht nicht. Die Steuerfussenkung bewirkt vor allem bei den höheren Einkommen eine spürbare Entlastung und erfahrungsgemäss wird dort der grösste Teil des zusätzlichen Einkommens weggespart und eben nicht konsumiert, so dass der Konjunktur ankurbelnde Effekt kaum vorhanden ist. Bei kleinen und mittleren Einkommen bringt die Steuerfussenkung nur wenig Entlastung. Bei einem steuerbaren Einkommen von 60'000 Franken ergibt eine dreiprozentige Steuerfussenkung zum Beispiel nur 66 Franken weniger Steuern im Jahr. Das ist eine lächerliche Einsparung wenn man es mit den Beträgen vergleicht, welche von Familien in unserer Stadt ab nächstem Jahr zum Beispiel für die Kinderbetreuung mehr ausgegeben werden müssen. Eine Familie mit dem gleichen Einkommen und mit zwei Kindern im Hort muss ab Januar über 3000 Franken mehr für die Kinderbetreuung zahlen. Die gleichen Kreise, welche die Familien mit Steuerfussenkungen beglücken wollen, machen Druck auf die Stadt damit Gebühren und Tarife angehoben oder Sozial-



ausgaben gekürzt werden, welche die meisten Bürgerinnen und Bürger ungleich mehr belasten als ein paar Steuerprozent. Die SP will sich weiter einsetzen für einen guten Service Public mit zahlbaren Gebühren und Tarifen sowie gesunde Stadtfinanzen. Dies ist mit einer weiteren Steuersenkung überhaupt nicht vereinbar.“

Orlando Wyss (SVP):

Wie Hans Baumann darauf komme, dass die SVP den Staat oder Dübendorf aushungern wolle, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Die SVP wolle die rasante Steigerung des Aufwandes bremsen. Wenn Hans Baumann davon spreche, dass die Steuern keine Rolle spielten, dann frage er sich, weshalb die Schweiz innerhalb von Europa deswegen ein Problem habe. Das Problem bei der Durchmischung der Bevölkerungsstruktur liege darin, dass es nicht möglich sei, diejenigen Leute zu holen, die man gern da hätte. Was interessant sei wäre die Aussage von Andrea Kennel, dass ein Hort bei ansteigenden Tarifen weniger benutzt würde und Familien andere Lösungen suchten. Dies zeige ihm, dass die Hortplätze gar nicht unbedingt benötigt würden.

Andrea Kennel (SP):

Familien seien gezwungen, andere Lösungen zu suchen. Dort liege das Problem. Wie kindergerecht seien solche Lösungen? Wie entwickelten sich Kinder, welche einen Fernseher als Babysitter hätten? Genau dies verursache später massive Mehrkosten. Da gehe es nicht um den Steuerfuss, sondern um das Wohl der Kinder.

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU):

Er habe versucht aufzuzeigen, dass sich das Basisszenario in zwei Punkten verändert habe, nämlich die Aufwandentwicklung nach oben und die Ertragsentwicklung nach unten. Die Ausgangslage für eine Steuerfussdiskussion habe sich gegenüber vor einem Jahr damit verschlechtert. Es sei eine schwierige Diskussion, wenn das Parlament zuerst das Budget mit zu erbringenden Leistungen verabschiede und erst am Schluss sagt, wie diese finanziert werden sollten. Im Voranschlag seien Änderungen beschlossen worden, welche ein Plus von 60'000 Franken ergeben, also eigentlich nicht ein Betrag, welcher Steuerfussenkungen erlauben würde. Eine Steuerfussenkung sei auch für den Stadtrat ein erwünschtes Ziel, das über Jahre verfolgt worden sei. Dank einer konsequenten Aufwandpolitik und Investitionspolitik sei es von einem Jahr in einer schwierigen Zeit gelungen, eine Steuersenkung um 4 Prozent zu erreichen und diese nachhaltig beizubehalten. Für das Jahr 2010 sei eher optimistisch budgetiert worden, und er hoffe, dass der Rückgang nicht so dramatisch sei. Es sei aber die Realität, dass der Aufwand gegenüber den Annahmen für das Jahr 2009 um 1,7 Millionen Franken nicht eingehalten worden sei. Im vorher beschlossenen Voranschlag würden 3 Prozent mehr ausgegeben, als im Finanzplan vorgesehen. Jetzt komme ein Antrag auf eine Steuerfussenkung mit der Begründung, man habe dann das Geld Ende Jahr. Dies wären weitere 3 Prozent. Mit den nicht budgetierten Kosten für den SDEU von 0,3 Millionen Franken käme nochmals ein halbes Prozent dazu. Stephan Schneider habe von Standortqualität gesprochen und gleichzeitig erwähnt, dass man finanziell noch nicht dort sei, wo man eigentlich sein wollte. Dies sei widersprüchlich. Genau das sei die Aufgabe, welche der Stadtrat seit Jahren zu lösen versuche: Eine Gratwanderung zwischen der möglichst kostengünstigen Erbringung von Leistungen und trotzdem den Steuerfuss im Auge zu behalten. Der Steuerfuss sei ein wichtiger Faktor, aber nicht der Einzige. Auch die Standortqualität und die Leistungen seien andere wichtige Faktoren. Mit der Auslagerung der Sportanlagen erbringe man diese Leistung in einer qualitativ anderen Art, was jährliche Kosten für die Stadt zur Folge habe. Auch Investitionen in die Infrastruktur seien notwendig. Alle Jahre wieder: Patrick Walder erwähne nur den zusätzlichen Ertrag von 6 bis 8 Prozent, nicht aber den Mehraufwand von 3 Millionen Franken in der Hochrechnung. Diese Rechnung gehe nicht auf. Wenn die Verschuldung nicht abgebaut worden wäre und man den Steuerfusswünschen nachgegeben hätte, dann hätten rund 100 Millionen Franken Schulden nicht abgebaut werden können. Dies hätte Kosten in der Höhe von 3 bis 5 Millionen Franken oder 6 bis 10 Prozent zur Folge. Die Strategie des Stadtrates, vor Steuersenkungen die Schulden



abzubauen, eine ganz zentrale Strategie. Wenn er von links und rechts höre, dass die Zahlen des Aufwands oder des Ertrags falsch seien, dann gehe es wohl insgesamt nicht so schlecht auf. Er bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK und des Stadtrates zu folgen und den Steuerfuss trotz Wahlkampf auf einem stabilen und nachhaltigen Niveau zu belassen.

Theo Johner (BDP):

Patrick Walder habe ein sehr einfaches Weltbild vorgestellt: Die SVP könne rechnen und alle Anderen kriechen dem Stadtrat auf den Leim. Es sei richtig, dass im Budget reale Zielvorgaben verfolgt werden müssten. Er wolle aber daran erinnern, dass ein SVP-Stadtrat für Ausgaben, welche kommen werden, nichts budgetiert habe. Es würden grosse Investitionen auf die Stadt zukommen, und deshalb sei der Antrag des Stadtrates für einen Steuerfuss von 90 Prozent gesamthaft betrachtet richtig.

Orlando Wyss (SVP):

Seit einigen Jahren gebe es eine Differenz von 2 bis 3 Prozent gegenüber dem Antrag von Martin Bäumle. Die Fehlplanung der vergangenen zehn Jahre bedeute, dass Martin Bäumle Dutzende Millionen daneben gelegen habe und dies mit den immergleichen Argumenten gerechtfertigt habe. Die Gemeinderäte seien Bäumle gefolgt und dem Finanzvorstand wie die Lämmlein hinterhergewackelt. Die SVP habe klar aufgezeigt, dass Martin Bäumle in den vergangenen zehn Jahren auf der Einnahmenseite Fehler produziert habe, die über das normale Mass hinausgingen. Man solle einfach nicht alles glauben, was Martin Bäumle sage.

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Alle Jahre wieder käme es im Gemeinderat im Rahmen der Budgetdebatte zu einem Kampf alle gegen Martin Bäumle. Das gehe so nicht. Der Stadtrat habe einen Antrag gestellt über das Budget. Der Stadtrat habe diesen Antrag im Konsens gestellt. Er bitte, personifizierte Angriffe zu streichen. Der Finanzvorstand vertrete den Antrag im Namen des Stadtrates. Er sei stolz darauf, dass in den vergangenen Jahren Schulden abgebaut werden konnten. Nur deshalb sei man in der Lage, die kommenden Investitionen zu decken. Er bitte, personifizierte Angriffe wegzulassen und den Stadtrat als Gesamtgremium wahrzunehmen.

Orlando Wyss (SVP):

Er wäre froh, wenn Lothar Ziörjen sich auch vor Kurt Spillmann stellen würde, wie er sich vor Martin Bäumle gestellt habe, um die undifferenzierten Vorwürfe der SP an den Sozialvorstand abzuwehren.

Abstimmungen:

1. Steuerertrag von Fr. 52'000'000 zu 100 Prozent:

Stillschweigende Zustimmung.

2. Steuerfuss:

Für Antrag SVP (Reduktion um 3 Prozent):

10 Stimmen

Für Antrag Stadtrat (90 Prozent)

26 Stimmen

Der Gemeinderat hat damit eine Steuer für die Politische Gemeinde von 90 Prozent festgelegt.



Schlussabstimmung

Der Gemeinderat stimmt mit 27 zu 4 Stimmen dem bereinigten Voranschlag 2010 zugestimmt und folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Voranschlag des Politischen Gemeindegutes für das Jahr 2010 wird mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Für die Politische Gemeinde wird eine Steuer von 90 % erhoben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100 % von 52'000'000 Franken.
3. Den Stadtrat wird ermächtigt, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

Ordnungsantrag Hans-Felix Trachsler (SVP):

Er beantrage aufgrund der fortgeschrittenen Zeit den Abbruch der Sitzung und die Vertagung des Traktandums 7 auf die nächste Gemeinderatssitzung.

Der Ordnungsantrag wird mit 23 zu 13 Stimmen abgelehnt.

7. Vier Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Die folgenden vier Anträge werden vom Stadtrat zur Annahme empfohlen. Die BRK unterstützt diese Anträge einstimmig. Es wird deshalb auf Referate von Seiten der BRK verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:

Geschäft Nr. 212/2009

Gavric Dusko, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger, und Sanja geb. Lukic, kroatische Staatsangehörige, sowie die beiden Kinder Sarah Elena und David, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft Höglerstrasse 48, Dübendorf

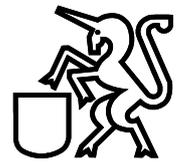
Die Gesuchsteller beantragen das Doppelbürgerrecht.

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

Geschäft Nr. 225/2009

Panceri Daniele, italienischer Staatsangehöriger, und Maria geb. Cano, spanische Staatsangehörige, sowie das Kind Davide, wohnhaft Eglischölzliweg 5, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine



Für Antrag SR / BRK: 29 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK: 2 Stimmen

Geschäft Nr. 226/2009

Sinnathamby Kunchithapatham sowie das Kind Kunchithapatham Kabil, srilankische Staatsangehörige, wohnhaft Überlandstrasse 188, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1450.--
Antrag BRK: Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion: keine
Für Antrag SR / BRK: 24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK: 3 Stimmen

Geschäft Nr. 240/2009

Phung Thanh Hai, sowie die Kinder Hai Nam, Ha My und Bao Duy, vietnamesische Staatsangehörige, wohnhaft Grünenstrasse 21, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1450.--
Antrag BRK: Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion: keine
Für Antrag SR / BRK: 24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK: 0 Stimmen

Einwände

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Mit den besten Wünschen für Weihnachten lädt der Gemeinderatspräsident zum Apéro im Foyer und im Lindensaal ein.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär

Marcel Amhof



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler